

Elektronisk reprint af den originale pjece "Ist Russland unser Feind", 24 sider, lustryk, udgivet januar 1944, oplag 1.000.

## **IST RUSSLAND UNSER FEIND?**

### **Die Lehren der Geschichte**

„Mit Russland stelle Dich nur gut, davon haben wir viel Nutzen gehabt“, - das war das Vermächtnis Kaiser Wilhelm I. auf dem Sterbebette an seinen Enkel, den nachmaligen Kaiser Wilhelm II.

Die Lösung der beiden großen historischen Aufgaben Preussen-Deutschlands im Neunzehnten Jahrhundert - die Befreiung von napoleontschen Joch und die nationale Einigung, wie sie unter Führung Bismarcks vollzogen wurde, ist vor allem dem freundschaftlichen Verhältnis zu Russland in jener Epoche der deutschen Geschichte zu danken.

### **Die Deutsche Legion in Russland 1812.**

Nach der katastrophalen Niederlage von Jena ächzte das zerstückelte Preussen unter dem Stiefel Bonapartes. Dessen Macht schien grösser und unüberwindlicher denn je. Sein einziges Gegengewicht auf dem europäischen Kontinent war das grosse russische Reich.

Als Napoleon zum Überfall auf Russland rüstete, hatten Friedrich-Wilhelm III. und sein Staatskanzler Kardenberg es für besonders klug erachtet, Ihm ein Militärbündnis und die Stellung preussischer Hilfstruppen anzubieten, um so wenigstens den Thron und eine schattenhafte Selbständigkeit zu retten. Viele hervorragende Preussen, die diese Politik als verderbenbringend für ihr Vaterland ansahen, gingen deshalb nach Russland, um am aktiven Kampf an der Seite der russischen Armee für die Befreiung Preussens teilzunehmen. Unter ihnen befanden sich Clausewitz, August Wilhelm von Schiegel, Graf Goltz, die beiden Grafen Dohna, Adolf Lützow, die beiden Brüder Dörnberg und andere.

Von der Unausbleiblichkeit des napoleonischen Angriffs auf Russland überzeugt, begab sich auch Freiherr vom Stein, der grösste deutsche Staatsmann vor Bismarck, zum Kaiser Alexander. Ihm schloss sich bald Ernst Moritz Arndt an. Auf Befehl des Kaisers übergab Stein ihm Vorschläge über die in deutschen Angelegenheiten zu ergreifenden Massnahmen. Steins wichtigste Vorschläge waren: erstens, mit Hilfe der nach Russland gekommenen deutschen Offiziere wie Clausewitz, Dohna, Chasot und anderer solle aus allen Freiwilligen, die die napoleonische Sache verlassen und gegen sie zu kämpfen wünschten, eine Deutsche Legion gebildet werden; zweitens, man müsse Verbindungen nach Deutschland unterhalten, um dort den Unwillen gegen die Herrschaft Napoleons zu nähren. Der Kaiser genehmigte diese Vorschläge.

Stein verfasste sogleich eigenhändig einen Entwurf für einen Aufruf des Zaren an die Deutschen, sich unter den Fahnen des Vaterlandes und der Ehre zu sammeln.

"Deutsche", so beginnt der Aufruf, "warum bekriegt Ihr Russland, dringt in seine Grenzen, behandelt als Feinde seine Völker, die seit Menschenaltern mit Euch in freundschaftlichen Verhältnissen standen? Was verleitet Euch zu diesem ungerechten Angriff? Er kann nur verderblich für Euch sein und muss entweder mit dem Verlust des Lebens von hunderttausenden oder Eurer gänzlichen Unterjochung enden. Doch dieser Angriff ist nicht die Folge Eures freien, besonnenen Entschlusses; Euer gesunder Verstand, Euer Gefühl für Rechtlichkeit verbürgt mir dieses; Ihr seid nur die unglücklichen Werkzeuge des Ehrgeizes eines Eroberers, der Sklaverei und Verderben über sein eigenes Volk, das ihm vertrauensvoll die höchste Gewalt anvertraute, verbreitete und beides unter das übrige unglückliche Europa weiter zu verbreiten bemüht ist".

"Ihr, die der Eroberer auf Russlands Grenzen getrieben hat", so tönt die machtvolle Stimme

Steins im Aufruf des Zaren, "verlasst also die Fahnen des Verderbens, der Schande, der Knechtschaft, sammelt Euch unter denen des Vaterlandes, der Freiheit, der National-ehre, die unter meinem Schutz errichtet werden - ich sage Euch zu den Beistand aller tapferen russischen Männer aus einer Bevölkerung von, 50 Millionen meiner Untertanen, die den Kampf für Unabhängigkeit und Nationalehre bis zum letzten Atemzug zu bestehen entschlossen sind". Sogleich wurde auch, unter der wirklichen Leitung Steins, aber mit dem Herzog von Oldenburg als offiziellem Präsidenten, in Petersburg das Deutsche Komitee gegründet. Die Aufstellung der deutschen Legion wurde Major von Stülpnagel übertragen, der sich seiner Aufgabe mit Beharrlichkeit und Einsicht unterzog; er stellte bis zum Frühjahr 1817 zwei Regimenter Infanterie, zwei Regimenter Kavallerie und eine Batterie auf. Diese Einheiten der Deutschen Legion kamen zwar nicht mehr auf russischem, jedoch noch früh genug auf Deutschem Boden zur Befreiung des Vaterlandes zum Einsatz.

In Gegensatz zu Stein, Ernst Moritz Arndt und den Führern der Deutschen Legion betrieben die am preussischen Hofe bestimmenden einflussreichen Kreise nichts als eine Politik der kleinlichen Ängstlichkeit, wo nicht eine bewusst pronapoleonische Politik. Sie konnten oder - noch schlimmer - wollten sich nicht zu wagemutigem Handeln entschliessen. Dass der aufopfernde Kampf des russischen Volkes allein, trotz preussischer, bayrischer, hessischer, württembergischer, badischer, österreichischer, kroatischer und anderer Hilfstruppen Napoleons die Grosse Armee zu Boden schlug und so Preussen rettete, kann die Politik jener, die die preussische Armee und den preussischen Staat zu einem Werkzeuge napoleonischer Eroberungsziele herabwürdigten, in keinem Falle rechtfertigen. Die preussischen Offiziere und Soldaten, die sich in der Reihen der russischen Heere Ruhm und hohe Anerkennung erwarben fürchteten, ebenso wie Stein und die Führer der Deutschen Legion, dass möglicherweise gerade diese Hilfstruppen Napoleon zu einem Siege verhelfen möchten, den er allein nicht zu erringen vermochte. Sie alle, mit Stein als genialem Führer an der Spitze, handelten in offenem Ungehorsam gegen die Befehle ihres Herrschers. Doch das Heil Preussens, seines Volkes und seines Staates, seiner Kinder und seiner Zukunft konnte nur in brüderlichem Zusammenwirken mit Russland liegen, weil das allein die Garantie des Sieges über Napoleon und der Freiheit Preussens war. Der Befehl des vaterländischen Gewissens russte über dem blinden Gehorsam gegen die Befehle eines irrenden und irregeleiteten Königs stehen. Auch für Yorck, den Führer des preussischen Hilfskorps, das Friedrich Wilhelm III. Napoleon zur Verfügung gestellt hatte, sollte der Zeitpunkt kommen, wo Ihm sein Gewissen gebot, seinen Könige den Gehorsam aufzusagen.

### **Der Vertrag von Tauroggen**

Das preussische Hilfskorps unter General Yorck, das zusammen mit der 7. französischen Division das 10. französische Armeekorps unter dem Befehl Macdonalds, Herzog von Tarent bildete, war für Operationen in Kurland vorgesehen. Es sollte Napoleons linke Flanke decken. Solange das preussische Hilfskorps im Zuge dieser Operationen die Macdonaldschen Befehle ausführte, musste es natürlich zu blutigen Zusammenstößen mit den russischen Truppen kommen. Das war um so bedauerlicher, als in den Reihen dieser nicht wenige preussische Offiziere und Soldaten ihre patriotische Pflicht erfüllten. Einer der tapfersten und unermüdlichsten war der Obristleutnant von Tiedemann. Er fiel durch preussische Kugeln, durch Kugeln seiner eigenen Landsleute. Es war ein grosser Verlust für die Sache der Freiheit, denn Tiedemann hatte keine Mühe und Gefahr gescheut, um die Offiziere und Soldaten, des Yorckschen Korps zum Abfall von Napoleon zu bewegen. Fälle des Übertritts auf die Seite der Russen waren denn auch gar nicht so selten; besonders dort, wo preussische Abteilungen von den Russen abgeschnitten oder eingeschlossen waren, gaben sie meist den Widerstand freiwillig auf. Sie ergaben sich unter von den Russen stets gewährten ehrenvollen Bedingungen und reiheten sich geschlossen in die Deutsche Legion ein, soweit sie es nicht vorzogen, sich zum sofortigen aktiven Einsatz den russischen Abteilungen anzuschliessen.

Schon nach wenigen Monaten war Napoleons Feldzug zusammengebrochen. Am 18. Oktober 1812 hatte er Moskau verlassen. Alle Versuche, Kaiser Alexander an den Verhandlungstisch zu bringen, waren gescheitert. Die russischen Heere verfolgten die zurückflutenden Reste der Grossen Armee. Schon damals erfolgten die ersten russischen Aufforderungen an Yorck, von Napoleons nun offensichtlich verlorener Sache abzufallen. Yorck wurde eine offizielle Botschaft Kaiser Alexanders überbracht, in der dieser dem preussischen General seine Sympathien für Friedrich Wilhelm III. ausdrückte und feierlich versicherte, er wolle den Kampf nicht aufgeben, ehe nicht Preussen in voller Unabhängigkeit und Souveränität wiederhergestellt sei.

Yorck zeigte sich auch schon bereit, auf die Vorschläge der Russen, die ihm von Clausewitz überbracht wurden, einzugehen, als durch die Mitteilungen, mit denen sein Adjutant Seydlitz aus Berlin eintraf, sich alles zu zerschlagen drohte. Yorck hatte ihn nämlich mit der Anfrage an den König geschickt, wie er sich verhalten solle. Dieser aber war einer klaren Antwort ausgewichen. "Napoleon ist ein grosses Genie, weiss immer Hilfsmittel zu finden", war seine erste Bemerkung zu Yorcks Adjutant gewesen. Als ihm dieser weiter zusetzte, der General bitte flehentlichst um die königlichen Befehle, hatte ihm der König nur ein fast unwilliges "Nach den Umständen" zugerufen und ihm dann noch eingeschärft: "Mein und des Kaisers von Frankreich engverbundenes Interesse sind weiterhin massgebend für die preussische Politik". Nach den Instruktionen des Königs erschien Yorcks bisherige Handlungsweise - er hatte sich durch die Russen von Macdonald freiwillig abtrennen lassen - bereits als ein Fehler. Ein Abkommen mit den Russen musste also in den Augen des Königs einem Landesverrat gleichkommen. Dessen Willen folgend, musste er sich sofort zu Macdonald durchschlagen, was ihm, wie er wiederholt erklärt hat, keine grossen Schwierigkeiten bereitet hätte, Yorck kämpfte einen schweren inneren Kampf, bevor er den Entschluss faaste, der die Rettung Preussens bedeutete. Er reichte Clausewitz die Hand und sagte: "Ihr habt mich!" Dann versammelte er seine Offiziere und hielt eine kurze Ansprache: "Es ist der Zeitpunkt gekommen, wo wir unsere Selbständigkeit wiedergewinnen, wenn wir uns jetzt mit dem russischen Heer vereinigen. Wer so denkt wie ich, sein Leben für das Vaterland und die Freiheit hinzugeben, der schliesse sich mir an!" Begeisterter Beifall seiner treuen Offiziere bestätigte ihm, dass sie ebenfalls den Zeitpunkt für gekommen hielten, wo man aufhören müsse, nur zu gehorchen.

Nach gründlicher Verhandlung wurde an nächsten Tage, es war der 30. Dezember 1812, in der Poscherunschen Mühle bei Tauroggen zwischen Yorck und General Diebitsch die denkwürdige Konvention abgeschlossen, die im Wesentlichen nichts anderes war als ein Waffenstillstand. Doch von welcher Tragweite!! Der Anstoss zur Erhebung Preussens war getan. Was aber nicht übersehen werden darf: was wäre geschehen, wenn Preussen als Verbündeter Napoleons seine Freiheit durch die russischen Heere zurückerhalten hätte, statt als deren Mitkämpfer? Preussen wäre auch im Friedensvertrag als Feind behandelt, mit dem Misstrauen und der Verachtung der Völker bestraft worden. Yorcks Tat aber machte Preussen zum Verbündeten Russlands, ungeachtet der noch immer schwankenden, offiziell franzosenfreundlichen Haltung des Königs. Als dieser von Yorcks Schritt erfuhr, erliess er folgenden Befehl: Yorck sei abzusetzen und zu verhaften. der König verweigere die Ratifikation der Konvention, die Truppen des Yorckschen Korps ständen Macdonald weiter zur Verfügung. Voller Grimm machte Yorck, als ihn der Befehl des Königs erreichte, einem Herzen in einem Schreiben an General Bülow Luft, der die preussischen Truppen auf dem linken Weichselufer befahligte und sich Yorck angeschlossen hatte: "Was für Ansichten hat man in Berlin? Jetzt oder niemals ist der Zeitpunkt, Freiheit und Ehre wiederzuerlangen. Mit blutigem Herzen zerresse ich die Bande des Gehorsams und führe den Krieg auf meine eigene Hand".

Yorck gab den Befehlen des Königs nicht Folge. Er gehörte nicht zu den Soldaten, die Ernst Moritz Arndt in seinem "Katechismus für den deutschen Kriegs- und Wehrmann" mit folgenden Worten geisselt hat:

"Sie meinen, wenn sie zur Fahne eines Königs oder Fürsten geschworen haben, müssen sie

blind alles tun, was er ihnen gebietet. Sie achten sich also nicht als Menschen, die einen freien Willen von Gott erhalten haben, sondern als dumme Tiere, die sich treiben lassen, und diesen tierischen Zustand und diesen blinden Gehorsam gegen ihren Herrn nennen sie ihre Soldatenehre".

Yorck besass jene wahre Soldatenehre, die den Dienst an Volk und Vaterland höher stellt, als die blinde Erfüllung königlicher Befehle. Als diese für ihn in Widerspruch geraten zu den wahren Interessen der Nation, da gehorchte er den letzteren.

Der opferreiche Kampf des russischen Volkes, Steins und Arndts flammende Aufrufe, Yorcks kühne und selbstlose Tat - all das entzündete die Volkserhebung in Preussen.

Am 27. Februar 1815 wurde in Breslau der Bündnisvertrag zwischen Preussen und Russland unterzeichnet, der die völlige Wiederherstellung Preussens festsetzte.

Preussen und Deutschland wurden wieder frei.

### **Die deutsche Einigung und Bismarck**

Bismarcks Hauptziel, schon bevor er zur Leitung der preussischen Staatsgeschäfte berufen wurde, war die Einigung Deutschlands. Er war sich klar bewusst, dass die Hauptgegner einer deutschen Einheitsbewegung aussenpolitisch Oesterreich und Frankreich sein mussten. Von Russland dagegen erwartete er keinerlei Schwierigkeiten, da Russland zwar Interessen in Kleinasien und auf den Balkan, nicht jedoch auf preussisches oder deutsches Gebiet hat. Diese Auffassungen, die sein ganzes Leben hindurch die Grundlage seiner Aussenpolitik darstellten, hat Bismarck nicht nur in seinen „Gedanken und Erinnerungen“ dokumentarisch für die Nachwelt festgehalten, sie kamen beständig in seiner praktischen Politik und in ungezählten diplomatischen Schriftstücken zum Ausdruck. Schon 1854, also 8 Jahre vor Beginn seiner Ministertätigkeit, entwickelte er gegenüber antirussischen Auffassungen des Prinzen von Preussen seine eigenen Ansichten.

Bismarck stellte dem Prinzen u.a. vor, "dass wir absolut keinen eigenen Kriegsgrund gegen Russland hätten und kein Interesse an der orientalischen Frage, das einen Krieg mit Russland oder auch nur das Opfer unserer langjährigen guten Beziehungen zu Russland rechtfertigen könnte; im Gegenteil: jeder siegreiche Krieg gegen Russland unter unserer nachbarlichen Beteiligung belade uns mit dem dauernden Revanchegefühl Russlands, das wir ohne eigenen Kriegsgrund angefallen hätten. Wenn eigene Interessen keinenfalls für, eher gegen einen Bruch mit Russland sprächen, so würden wir den bisherigen Freund und immerwährenden Nachbar, ohne dass wir provoziert wären, entweder aus Furcht vor Frankreich oder im Liebesdienst Englands und Oesterreichs angreifen. Wir würden die Rolle eines indischen Vasallenfürsten übernehmen oder die des Yorckschen Korps beim Ausmarsch zum Kriege 1812". (Bismarck, "Gedanken und Erinnerungen", Band I. Kapitel 5)

In Zusammenhang mit der Schilderung seiner Botschaftertätigkeit in Petersburg trifft Bismarck folgende Feststellungen über die Grundlinie des deutsch-russischen Verhältnisses:

"Wir wollen froh sein, wenn wir in unserer Lage und geschichtlichen Entwicklung in Europa Mächte finden, mit denen wir auf keine Art von Konkurrenz der politischen Interessen angewiesen sind, wie das zwischen uns und Russland bisher der Fall war. Mit Frankreich werden wir nie Frieden haben, mit Russland nie die Notwendigkeit des Krieges, wenn nicht liberale Dummheiten und dynastische Kissgriffe die Situation verfälschen".

(Bismarck, "Gedanken und Erinnerungen", Band I. Kapitel 10)

Braucht man auch hinsichtlich Frankreichs nicht mit Bismarck übereinzustimmen, in Bezug auf Russland muss man ihm unbedingt Recht geben. Wenn später, gegen Ende des 19.

Jahrhunderts, das Verhältnis Deutschland-Russland sich verschlechterte, so tragen auf deutscher Seite gerade jene, zu Bismarcks Zeiten liberalen, später imperialistische Eroberungspolitik treibenden Kreise ein gerüttelt Mass Schuld daran. Diese imperialistische Politik führte zu Reibungen mit Russland, was um so unheilvollere Wirkungen hatte, als auch die Dynastie in der Person Wilhelms II dieser Expansionspolitik willig dienstbar wurde, anstatt,

wie unter Bismarck, ihr Zügel anzulegen.

Es dürfte nicht uninteressant sein, dass diese zu Bismarcks Zeiten noch liberalen Politiker Preussen in eine Koalition gegen Russland einzureihen versuchten unter dem Vorwand, angeblichen russischen Seltherrschaftsplänen entgegentreten zu müssen. Diese letzteren sollten auf dem, auch von Hitler und Goebbels in ihrer Propaganda gegen Russland mehrfach benutzten Testament Peters des Grossen fussen. Diese liberalen Politiker - an ihrer Spitze der völlig unter englischem Einfluss stehende preussische Gesandte in London, Bunsen - schlugen dem König folgende Politik vor: Preussen als Vorkämpfer Europas gegen Russland, Russlands Zerstückelung, Abtretung der russischen Ostseeprovinzen und Polens einschliesslich Petersburgs an Preussen und Schweden, Zersetzung des übrigen Russland durch Teilung in Gross- und Kleinrussen.

Bismarck entlarvte in seinen "Gedanken und Erinnerungen" - Band I, Kapitel 5 - die Phantasien von russischen Weltherrschaftsplänen als plumpe Fälschungen wie folgt: "Von den Leistungen des 'Preussischen Wochenblattes' (der Zeitung Bunsens und jener antirussischen liberalen Politiker) ist mir u.a. eine in Erinnerung geblieben, ein Memoire, das angeblich unter dem Kaiser Nikolaus im "Auswärtigen Amt in Petersburg behufs Unterweisung des Thronfolgers ausgearbeitet war, die in dem apokryphen (unechten), ungefähr um das Jahr 1610 in Paris entstandenen Testamente Peters des Grossen niedergelegten Grundzüge der russischen Politik auf die Gegenwart anwendet und Russland mit einer gegen alle Staaten gerichteten Miniarbeit zum Zwecke der Weltherrschaft beschäftigt erscheinen lässt. Es ist mir später mitgeteilt worden, dass dieses Elaborat von einem gewissen Konstantin Frantz geliefert war". Soweit Bismarck. Glücklicherweise drang er mit seiner Ansicht 'Preussen dürfe sich nicht an der englisch-französisch-österreichischen Koalition gegen Russland anlässlich des Krimkrieges (1854-56) beteiligen', durch. In "Russland wurde ihm das nie vergessen. Als Bismarck dann Vorsitzender des Preussischen Staatsministeriums wurde, lag ihm daran, das freundschaftliche Verhältnis weiter zu vertiefen. Er unterstützte Russland in dessen Bemühen, die Fesseln des Pariser Vertrages von 1856 zu sprengen, in dem Russland nach dem verlorenen Krimkrieg die demütigende Bedingung auferlegt worden war, im Schwarzen Meer keine Kriegsflotte zu halten. 1870 entschloss sich dann die russische Regierung, durch eine einseitige Erklärung die Neutralisierung des Schwarzen Meeres aufzuheben, nachdem sie sich zuvor das Einverständnis der deutschen Regierung mit diesem Schritt versichert hatte. Dieses Einverständnis wurde Russland als Dank für seine Neutralität und wohlwollende Haltung im preussisch-österreichischen Krieg von 1866 und im deutsch-französischen Krieg von 1870/71, den Kriegen, die zur deutschen Einheit führten, ohne Einschränkung und bedingungslos zugesichert. Darüber hinaus gelang es den diplomatischen Bemühungen Bismarcks, die Anerkennung des russischen Schrittes bei den anderen Mächten durchzusetzen. Bismarck war der Meinung, der Rückversicherungsvertrag - er sah die Neutralität Russlands im Falle eines französischen Angriffs auf Deutschland und die deutsche Neutralität im Falle eines österreichischen Überfalls auf Russland vor - sei von so hohem Wert für Deutschland, dass die deutsche Hilfe für Russland bei der Wiedererringung seiner Rechte als souveräne Macht nur eine selbstverständliche Gegenleistung darstelle. Darüber hinaus war Bismarck sogar bereit, Russland nichts in den Weg zu legen, falls es versucht hätte, sich in den Besitz des Schlüssels der Dardanellen zu setzen. Dies war Russland in einer geheimen Klausel des Rückversicherungsvertrages von Bismarck zugesichert worden. Sowjetrussland veröffentlichte dann zuerst den Wortlaut dieser Klausel und erklärte dabei, dass es auf diese und ähnliche Bestrebungen grundsätzlich verzichte.

### **Der Bruch mit Russland und die neue wilhelminische Orientpolitik**

Im Jahre 1890 wurde Bismarck von Kaiser Wilhelm II. nur kurze Zeit nach dessen Thronbesteigung entlassen. Der Entlassung lagen Meinungsverschiedenheiten auf dem Gebiete der Innen- und Aussenpolitik zugrunde. Die aussenpolitischen Gegensätze zwischen dem

jungen selbstbewuseten Monarchen und seinem Minister beleuchten das folgende Schreiben Wilhelms II. nach Durchsicht von Berichten des deutschen Konsuls in Kiew und die Antwort Bismarcks. Das Handbillet des Kaisers lautete:

"Die Berichte lassen auf das Klarste erkennen, dass die Russen im vollsten strategischen Aufmarsch sind und zum Kriege schreiten. Sie hätten mich schon längst auf die furchtbar drohende Gefahr aufmerksam machen können. W."

Bismarck kannte die Berichte. Sie waren drei Monate alt und erwähnten u.a. die dem deutschen Generalstabe längst bekannte Versetzung einiger russischer Kavallerieabteilungen an die österreichische Grenze. "Und deshalb", so äusserte sich Bismarck in seinen Erinnerungen, "sollte Russland bedroht und der Krieg vorbereitet werden!"

In einer am selben Tage stattgefundenen Ministerratsitzung gab Bismarck eine Erklärung ab, in der die des Kaisers auswärtige Politik betreffende Stelle lautete:

"Heute habe ich mich überzeugen müssen, dass ich auch die auswärtige Politik Se. Majestät nicht mehr vertreten kann. Ich bin bei meinem Vertrauen in die friedlichen Absichten des Kaisers von Russland ausserstande, die Massregeln zu vertreten, die Se. Majestät mir befiehlt". (Bismarck, "Gedanken und Erinnerungen", Band III, Kapitel 8)

Das war am 17. März 1890. Am Tage danach wurde Bismarck entlassen; der Kaiser wünschte, dass gegen Russland ein „schärferer Kurs gefahren werde“, und dabei stand Bismarck natürlich im Wege. Im Juni desselben Jahres lief der auf Bismarcks Anregung 1887 geschlossene Rückversicherungsvertrag mit Russland ab. Graf Schuwalow, der russische Botschafter in Berlin, hatte von Zaren den Auftrag erhalten eine Verlängerung des Vertrages vorzuschlagen. Nun wurde auf Veranlassung Wilhelms II. dem russischen Botschafter in brüsker und verletzender Weise mitgeteilt, Deutschland sei an der Verlängerung nicht interessiert. Damit war das wertvolle Erbe Bismarcks, die deutsch-russische Freundschaft, leichtfertig vertan, "Die Geschichte wird es vielleicht verhängnisvoll zu nennen haben, dass diese Verhandlungen sich zerschlugen so schrieb er später in seinen Erinnerungen. (Band III, Kapitel 8)

Wie verhängnisvoll die neue „scharfe“ Politik seines Kaisers für Deutschland werden sollte, das allerdings ahnte Bismarck wohl nicht.

Die schroffe Ablehnung des russischen Wunsches nach Verlängerung des Rückversicherungsvertrages musste unvermeidlich zu einem Umschwung der russischen Politik zuungunsten Deutschlands führen. Fiel doch nun die deutsche Neutralitätsgarantie im Falle eines österreichischen Angriffs auf Russland weg. Russland war schon vorher durch das deutsch-österreichische Bündnis von 1879, welches Bismarck zur Festigung des Friedens zwischen den drei Monarchien für notwendig erachtete, verschnupft worden. Doch gelang es dem Zaren durch die Versicherungen Bismarcks und des alten Kaisers, Deutschland werde bei einem österreichischen Angriff auf Russland strikt neutral bleiben, zu beruhigen. Der Rückversicherungsvertrag legte dann, die Neutralität Deutschlands völkerrechtlich fest. Nun aber bestand diese Garantie für Russland nicht mehr und das deutsch-österreichische Bündnis liess Russland ein Eingreifen Deutschlands an der Seite Österreichs als beinahe gewiss erscheinen. So entstand das russisch-französische Bündnis.

Einer der bekanntesten Vorkämpfer der völkisch-nationalen Bewegung, der verstorbene Graf Reventlow, fällt in seiner in Dezember 1919 erschienenen Artikelserie „Deutschland vor Gericht“ folgendes Urteil über die deutsche Aussenpolitik nach Bismarck:

„Als Bismarck gegangen war, hinterliess er eine reiche Erbschaft an Macht, an Ansehen und an Grundlagen für beides. Kaum war er fort, als der Kaiser und seine Leute einen Schritt taten, der auch heute, nach beinahe einen Menschenalter, als der erste und entscheidende Schritt zur Untergrabung der deutschen Stellung in Europa bezeichnet werden muss. Das war die Nichterneuerung des deutsch-russischen Rückversicherungsvertrages. Durch die Nichterneuerung wurde Russland genötigt, sich durch Militärabkommen und Bündnis an Frankreich anzuschliessen“.

Die Kündigung des Vertrages musste Russland um so mehr vor den Kopf stossen, als damit zeitlich der Beginn der wilhelminischen Orientpolitik zusammenfiel, die Graf Raventlow folgendernassen bewertet:

„Diese Politik war von Grund aus unrichtig. Sie verringerte die Grösse der sicheren Basis des Deutschen Reiches in Europa“.

Der Gegensatz zu Russland wurde noch dadurch unheilbarer, dass Deutschland sich nun in seiner Aussenpolitik oft den Wünschen des einzigen ihm verbliebenen Verbündeten, Österreich-Ungarn, willfährig erweisen musste, wenn es nicht auch diesen verlieren wollte. Bismarck hat in seinen Erinnerungen darauf aufmerksam gemacht, dass jeder Bundesgenosse Österreichs sich die Pflicht auferlegen müsse, vorsichtig zu sein und die Interessen der eigenen Untertanen nicht ausschliesslich von der österreichischen Politik abhängig zu machen: „Es ist nicht Aufgabe des Deutschen Reiches“, so schreibt Bismarck an anderer Stelle mit Bezug auf Österreich, „seine Untertanen mit Gut und Blut zur Verwirklichung von nachbarlichen Wünschen herzuleihen“. (Bismarck, „Gedanken and Erinnerungen“, Band II, Kapitel 29)

Bismarck hütete sich daher, die österreichisch-ungarische Balkanpolitik, die eine ausgesprochen nationale Unterdrückungspolitik war und neben der Dardanellenfrage die einzige Möglichkeit, in einen Krieg mit Russland verwickelt zu werden, zu unterstützen, denn, so sagte Bismarck:

„Wenn man Deutschland und Ruasland isoliert befrachtet, so ist es schwer, auf einer von beiden Seiten einen zwingenden oder auch nur berechtigten Kriegsgrund zu finden“. (Bismarck, „Gedanken und Erinnerungen“, Band II, Kapitel 30)

Folgerichtig stellte Bismarck bei allen Problemen der preussischen, später der deutschen Aussenpolitik die Bewahrung des guten Verhältnisses zu Russland in den Vordergrund. Ganz anders Wilhelm II. und seine verschiedenen Minister. Grosssprecherisch wie üblich und dazu diplomatisch ungeschickt erklärte Wilhelm II. im Jahre 1909 aus Anlass der eigenmächtigen Besetzung Bosniens und der serbischen Herzegowina durch Österreich-Ungarn, Deutschland stände „in schimmernder Wehr“ an der Seite des Bundesgenossen. Graf Reventlow sieht in der Hilfe Deutschlands für Österreich-Ungarn bei dessen balkanischer Annexionspolitik das erste grosse warnende Beispiel österreichisch-ungarischer Führung der deutschen Aussenpolitik. Wie dem auch sei: die wilhelminische Orientpolitik musste früher oder später zur direkten Unterstützung der österreichisch-ungarischen Balkanpolitik führen. Nur eine radikale Abkehr von dieser Politik hätte die Rückkehr zum "alten Kurse" des grossen Kanzlers ermöglicht. Das hätte einen Frontwechsel gegenüber Österreich-Ungarn und ein Aufgeben politischer Bestrebungen in der Türkei bedeutet. Hätte dies verantwortet werden können? Zweifellos! Man kann sich ohne Vorbehalt Graf Reventlow anschliessen, wenn er in der erwähnten Artikelserie schreibt:

„Es stand für Deutschland mit der Freundschaft oder Feindschaft Russlands so Ungeheuer viel auf dem Spiele, dass es eine Unmöglichkeit hier gar nicht hätte geben können, wenn man die notwendigen politischen Unkosten zu bezahlen bereit gewesen wäre. Eine Treue gegenüber der Türkei und Österreich-Ungarn hätte, so wenig moralisch es klingt, nicht in Betracht kommen dürfen“.

Dem kann nur zugestimmt werden. Von unmoralischem Handeln gegenüber Österreich-Ungarn konnte übrigens, kaum die Rede sein. Es war im Gegenteil gar wenig moralisch, die nationale Unterdrückungspolitik der Donaumonarchie zu unterstützen.

Bei ihrem Kampf gegen den neuen wilhelminischen Kurs beriefen sich die Verfechter einer massvollen deutschen Aussenpolitik auf die Worte Bismarcks:

„Die Achtung vor den Rechten anderer Staaten wird dem Deutschen Reich und seiner Politik erleichtert durch die verdienstlose Tatsache, dass wir eine Vergrösserung unseres unmittelbaren Gebiete nicht brauchen, auch nicht herstellen könnten, ohne die zentrifugalen Elemente im eignen Gebiete zu strken“. (Bismarck, „Gedanken und Erinnerungen“, Band II,

### Kapitel 30)

Die Vertreter und Urheber der neuen wilhelminischen Aussenpolitik dagegen behaupteten, diese Ansichten wären zwar noch zu Bismarcks Zeiten berechtigt gewesen, seien jedoch nun veraltet. Deutschland brauche Kolonien, Rohstoffquellen und Absatzmärkte. Ohne diese könne die deutsche Industrie nicht auskommen, Deutschland nicht ohne sie leben.

Richtig war, dass die deutsche Industrie seit 1890 einen gewaltigen Aufschwung genommen hatte. Doch hätte sie Rohstoffe und Absatzmärkte ohne Eroberungen, ohne Gewaltpolitik nicht auch finden können? Welche Möglichkeiten bot allein das russische Riesenreich schon damals! Der deutsch-russische Warenaustausch hatte in den Vorkriegsjahren eine ansehnliche Höhe erreicht. In einem einzigen Jahre betrug die deutsche Einfuhr aus Russland 1 Milliarde und 420 Millionen Mark, die deutsche Ausfuhr nach Russland 880 Millionen Mark! Und das, trotzdem Russland im Wesentlichen nur landwirtschaftliche Produkte lieferte. Wären durch die Kündigung des Rückversicherungsvertrages und die wilhelminische Orientpolitik die guten Beziehungen zu Russland nicht abgebrochen worden, so hätten die deutschen Werke und Fabriken bei der Entwicklung und dem Aufbau der russischen Industrie sowie bei der Aufschliessung russischer Rohstoffquellen einen hervorragenden Anteil haben können. Das dies keine leeren Truggebilde sind, zeigte die ausgedehnte Mitwirkung französischer und englischer Industrie in Russland vor 1914.

Lediglich die deutschen Imperialisten, die Krupp, Borsig, Klöckner, Thyssen, Mannesmann, Flick, Vogler, Röchling, Siemens, Blohm, Zangen und wie sie alle heissen, torpedierten diese Politik. Sie wollten alle diese Rohstoffe gratis haben, um ihre Gewinne ins Ungemessene steigern zu können. Was sie erstrebten, das zeigte der Gewaltfrieden von Brest-Litowsk. Doch davon später.

Diese imperialistische Politik zerschlug die deutsch-russische Freundschaft, das grosse Erbe Bismarcks. Sie riss Deutschland schliesslich in den verhängnisvollen Weltkrieg hinein. Das deutsche Volk verlor zwei Millionen Tote und ungezählte Krüppel bevölkerten die deutschen Städte und Dörfer.

Ob allerdings eine friedliche deutsche Aussenpolitik im bismarckschen Sinne eine hundertprozentige Garantie für die Fernhaltung des Krieges von den Grenzen des Reiches geboten hätte, konnte solange nicht mit einem unbedingten Ja beantwortet werden, als auch andere Staaten da waren, die eine imperialistische Politik betrieben. Von diesen jedoch hatte Russland jedenfalls keine Absichten auf deutsche Gebiete, was schon damals eine sehr grosse Sicherheit für die Beständigkeit einer deutsch-russischen Freundschaft gegeben hätte. England und Frankreich aber hätten einen Krieg gegen ein deutsch-russisches Bündnis kaum in ihre Politik einkalkuliert.

Alls Einwände hinsichtlich der Dauerhaftigkeit einer deutschen Aussenpolitik im bismarckschen Sinne bleiben, da ja in der Praxis eine ganz entgegengesetzte Politik befolgt wurde, unbewiesene Mutmassungen und gedankliche Konstruktionen im leeren Raum. Darum lässt sich nur sagen: die Aufrechterhaltung des engen freundschaftlichen Verhältnisses zu Russland, besonders wenn diese Politik von imperialistischen Orientplänen Abstand genommen hätte, würde unter allen aussenpolitischen deutschen Möglichkeiten die grösste Chance der Erhaltung des Friedens mit Russland und damit des allgemeinen europäischen Friedens geboten haben.

Der Bruch mit Russland und die imperialistische deutsche Orientpolitik dagegen mussten unausweichlich zum Kriege führen. Der Weltkrieg 1914/18 war das Ergebnis.

Das also ist die grosse Lehre der Geschichte: Deutschland hat von einer Zusammenarbeit mit Russland Alles zu gewinnen und Nichts zu verlieren.

### **Brest-Litowsk = Vorspiel zu Versailles**

Im Juli 1917 hatte der deutsche Reichstag eine Friedensresolution angenommen. In diese Resolution war gesagt, dass Deutschland einen „Frieden ohne Annexionen und ohne



Entschädigungen" erstrebe. Die kaiserlich-wilhelminische Regierung, die immer beteuert hatte, sie führe nur einen Verteidigungskrieg, nahm diese Resolution sehr übel auf. Der damalige Reichskanzler Dr. Michaelis schloss sich zwar im Namen der Regierung der Friedensresolution an, jedoch mit dem alles entwertenden Zusatz: "wie ich sie auffasse" - ein Leitsatz politischer Falschspieler, der zu einem, besonders seit 1933 wieder hochaktuellen geflügelten Wort wurde.

Schon am 8. November 1917 wandte sich die aus der russischen Revolution vom 7. November geborene Regierung der Volksbeauftragten mit einem Friedensappell an die kriegsführenden Regierungen und an die Völker. Die neue Regierung veröffentlichte ferner alle geheimen diplomatischen Akten der zaristischen Regierung und gab die Erklärung ab, dass sie von allen den darin niedergelegten imperialistischen Plänen Abstand nehme.

Am 26. November 1917 erfolgte ein Funkspruch der Regierung der Volksbeauftragten an die deutsche OHL. In dem angefragt wurde, ob diese zum Abschluss eines Waffenstillstandes bereit sei. Ludendorff sandte eine zustimmende Antwort. Der Waffenstillstand wurde abgeschlossen; die Friedensverhandlungen begannen am 4. Januar 1918.

Nun zeigte sich, dass die wilhelminische Regierung, die sich in einer sehr schwierigen Lage befand, da die deutschen Heere an zwei Fronten kämpften, zwar mit der neuen russischen Regierung Frieden schliessen, gleichzeitig aber die Kriegsmüdigkeit des russischen Volkes ausnutzen wollte um einen Raubfrieden zu erzwingen. Mit der Einstellung des Kampfes durch die russische Armee hielt man das Spiel für gewonnen. Die herrschenden Mächte in Deutschland hatten die Friedensresolution des Reichstags nur zum Schein akzeptiert. Als in Brest-Litowsk zum ersten Male die Probe aufs Exempel gemacht werden sollte, entpuppten sich die deutschen Imperialisten und die wilhelminische Regierung offen vor aller Welt als räuberische Eroberungspolitiker.

Die Vertreter der deutschen Regierung und der OHL bei den Friedensverhandlungen, Staatssekretär Kühlmann und Generaloberst Hoffmann präsentierten einfach eine Landkarte, auf der die von den deutschen Imperialisten einseitig beschlossenen Grenzen eingezeichnet waren: Polen, Litauen, Lettland, Weissrussland und ein Teil der Ukraine sollten unter deutsche Herrschaft kommen. Vergeblich beriefen sich die russischen Delegierten auf die Friedensresolution des Reichstags. Dann verliessen sie unter entschiedenem Protest Brest-Litowsk und erklärten den Krieg von sich aus für beendet.

Um Überraschungen vorzubeugen, wollte die deutsche Regierung aber einen offiziellen Friedensschluss an der Ostfront erzwingen. Wilhelm II. gab umgehend Befehl, die Kriegsoperationen gegen Russland wieder aufzunehmen. Die deutschen Truppen besetzten ganz Estland und zusammen mit den Österreichern die Ukraine. Doch damit nicht genug.

„Die Hoffnung auf Beute und der Drang nach Osten“, so schreibt der bekannte deutsche Kriegshistoriker H. Stegemann in seinem Werk „Die Geschichte des Krieges!“ führte die Deutschen schliesslich bis Sebastopol. Die Österreicher folgten ihren Spuren, um sich ihren Anteil an der Kornernste Südrusslands zu sichern. Vom 19. April bis 15. November 1918 rangen verbündete Streitkräfte fern vom Entscheidungsfeld des Westens um die Kornsteppen und die Getreidehäfen der Krim. Am 7. Juni wurden bayrische Jäger sogar noch nach Batum eingeschifft, um Tiflis zu erobern und die Hand auf die Öllager Georgiens zu legen“.

Die Sowjetregierung sah sich daraufhin genötigt, den mit Gewalt erzwungenen Frieden zu unterschreiben. Die neuen Bedingungen waren weitaus schwerer als die früheren: zu den abzutretenden Gebieten kam Estland hinzu, die gesamte Ukraine und dazu Finnland sollten geräumt, 6 Milliarden Rubel Kriegsentschädigungen bezahlt werden. Am 3. März 1918 unterschrieben die Vertreter Sowjetrusslands das Diktat, ohne es zu lesen. Infolge des Diktats von Brest verlor Russland 26% der Bevölkerung, 21% des Ackerbodens, 32% der Ernte, 26% der Eisenbahnen, 23% der Industrie, 73% der Eisenerzförderung, 75% der Kohlenförderung. Es war ein böses Vorspiel für Versailles!

In Brest-Litowsk wurde die Unaufrichtigkeit der wilhelminischen Politik enthüllt.

Imperialistischen Plänen und ehrgeizigen Monarchenwünschen zuliebe wurde die letzte Chance eines anständigen Friedens für Deutschland zerschlagen. Bezeichnend für jene utopischen Projekte ist es, dass man noch im Juli 1918, als die Amerikaner schon in immer grösseren Scharen an der Westfront erschienen, den Plan ausheckte, Wilhelm II. zum Herzog von Kurland und den Sachsenkönig zum Herzog von Litauen zu machen.

Der militärischen Übermacht der Entente konnten die Heere Deutschlands und seiner Verbündeten, trotzdem sie nunmehr nur an einer Front zu kämpfen hatten, nicht standhalten. Am 11. November 1918 schloss Deutschland einen Waffenstillstand mit der Entente.

Deutschland, das in Brest-Litowsk das Muster eines Gewaltfriedens diktiert hatte, bekam nun selbst den Versailler Frieden. Alle Proteste gegen den Versailler Frieden - und solche Proteste kamen aus den Siegerländern selbst in grosser Zahl (Interessierte seien auf das Werk 'Der Weltprotest gegen den Versailler Frieden', gesammelt von A.H. Fried verwiesen) - verpufften wirkungslos: die Ententeregierungen verwiesen die Protestierenden nur auf den deutschen Gewaltfrieden von Brest-Litowsk.

Sehr erstaunt aber war man, als auch die sowjetrussische Regierung ihre Stimme zu einer scharfen öffentlichen Anklage gegen den Versailler Frieden erhob. Hatte sie doch kaum ein halbes Jahr vorher sich dem deutschen Diktat von Brest beugen müssen. Der Schritt der russischen Regierung erscheint aber weniger merkwürdig, sobald man sich von den geläufigen Gedankengängen imperialistischer Machtpolitik freizumachen versucht und einmal ganz voraussetzungslos das Wesen der neuen russischen Politik betrachtet: die neuen Leiter der russischen Politik hatten einen jahrelangen erbitterten Kampf gegen die imperialistische Macht und nationale Unterdrückungspolitik des Zaren geführt; dafür waren sie ins Gefängnis geworfen und in die Verbannung geschickt worden. Sie hatten einen demokratischen Frieden der Völker erstrebt und waren Gegner jeden Gewaltfriedens. Und so verurteilten sie ganz natürlich den Versailler Frieden, wie sie das Brester Gewaltdiktat verurteilt hatten. Abgesagte Feinde imperialistischer Kriege, in denen die Volksmassen für die egoistischen Interessen kapitalistischer Machtgruppen bluten müssen, sahen sie im Versailler Frieden - solange kapitalistische Machtgruppen herrschen - einen leichtentflammenden Zündstoff neuer Kriegsbrände. Nicht zuletzt aber wünschte die neue russische Regierung unzweifelhaft die Wiederherstellung guter Beziehungen zu Deutschland, dem immerwährenden grossen Nachbarn im Westen.

Die Bemühungen der sowjetrussischen Regierung, das alte gute Freundschaftsverhältnis mit Deutschland wiederaufzurichten, wie sie im Protest gegen Versailles zum Ausdruck kamen, wurden von deutscher Seite erwidert. Als 1919 von der Entente die Blockade über Russland verhängt wurde, forderte man auch Deutschland auf, sich dieser anzuschliessen. Die deutsche Regierung lehnte dies ab. Als polnische Truppen 1920 in russisches Gebiet einfielen, erliessen die Freien Gewerkschaften und die drei Arbeiterparteien einen gemeinsamen Aufruf.

Transporte von Kriegsmaterial aus Frankreich, Belgien und England durch Deutschland nach Polen nicht zuzulassen. Die deutsche Arbeiterschaft kam dieser Aufforderung in grossen Umfange nach.

Bald sollte das Band zwischen beiden Ländern noch enger geknüpft werden.

### **Genua - Rapallo - Berlin**

Der historische Vertrag von Rapallo, der am 16. April 1922 zwischen Deutschland und Sowjetrussland abgeschlossen wurde, war von grosser Bedeutung für das deutsche Volk wie auch für Sowjetrussland und für die Beziehungen beider Länder zueinander. Den unmittelbaren Anstoss zum Abschluss dieses Vertrages gab die sogenannte „Konferenz der Sachverständigen“ in Genua, die am 10. April 1922 ihre Arbeiten begann. Es sollte die Zahlung der deutschen Reparationen und die Wiedereingliederung Deutschlands und Russlands in die Weltwirtschaft erörtert werden. Um Deutschland den Bedingungen der Entente gefügig zu machen, wollte man Sowjetrussland in eine gemeinsame Front mit der Entente gegen

Deutschland bringen. Zu diesem Zwecke forderte man die auf wirtschaftliche Hilfe drängenden sowjetrussischen Delegierten auf, Sowjetrussland möge sich auf Grund der Reparationsbestimmungen des Versailler Vertrages an Deutschland schadlos halten. Der Versailler Vertrag hatte nämlich Russland eine in viele Milliarden gehende Entschädigung durch Deutschland zuerkannt - ohne dass die Sowjetregierung von sich aus solche Ansprüche erhoben hätte; sie war ja in Versailles gar nicht einmal zugelassen.

Die Sowjetregierung lehnte das Ansinnen der Entente rundweg ab; sie erkannte, dass durch diesen Trick Feindschaft zwischen dem deutschen Volke und den Völkern Sowjetrusslands gesät werden sollte. Die Sowjetregierung wollte normale, friedliche, freundschaftliche Beziehungen politischer, wirtschaftlicher und kultureller Art mit Deutschland. Das lag im Interesse beider Völker. Die sowjetische Delegation in Genua forderte ebenfalls einen Völkerbund ohne Sieger und Besiegte und stützte damit das Verlangen Deutschlands, als gleichberechtigtes Mitglied in den Völkerbund aufgenommen zu werden.

Am 16. April 1922 schlossen dann Deutschland und Sowjetrussland den Vertrag von Rapallo. Beide Länder verzichteten in dem Vertrag auf alle materiellen Ansprüche aus dem Weltkriege und seinen Folgen, auf alle Entschädigungen für Kriegskosten und Kriegsschäden.

Sowjetrussland verzichtete seinerseits auch ausdrücklich auf jedes, ihm laut Artikel 116 des Versailler Vertrages zustehende Recht auf Reparationslieferungen und Reparationszahlungen Deutschlands. Die diplomatischen Beziehungen wurden wieder aufgenommen.

Schon lange vorher, am 7. Mai 1921, war ein Wirtschaftsvertrag zwischen den beiden Ländern abgeschlossen worden, der den deutschen Wirtschaftsunternehmungen eine erhebliche Herabsetzung der russischen Einfuhrzölle gebracht hatte. Für die deutsche Volkswirtschaft und das deutsche Volk waren diese Verträge von grossem Nutzen. Sie halfen wesentlich, die schwere Lage Deutschlands in jenen Jahren zu erleichtern. Deutschen Wirtschaftsunternehmen wurden in grossem Ausmasse landwirtschaftliche und industrielle Betriebe Russlands zur Ausnutzung übergeben. Dagegen mussten sie sich verpflichten, eine bestimmte Menge Waren herzustellen, den Betrieb in gutem Zustande zu halten und eine Abgabe zu zahlen. Ausserdem erhielten deutsche Firmen umfangreiche Bestellungen. Bis Ende 1922 erhielt die deutsche Industrie 85% (fünfundachtzig vom Hundert!) aller

Lieferungen für Russland. Der Niedergang des deutschen Exports in den nächsten Jahren war in erster Linie eine Folge der Besetzung des Ruhrgebiets zu Beginn des Jahres 1923 und der damit hervorgerufenen Schwierigkeiten für die deutsche Produktion. Anlässlich der Besetzung des Ruhrgebiets erwies es sich aufs Neue, welchen Wert die freundschaftlichen Beziehungen zwischen Deutschland und Sowjetrussland für das deutsche Volk hatten. Die Sowjetregierung protestierte bei der französischen Regierung gegen die Besetzung. Das bedeutete eine wertvolle Unterstützung des deutschen Widerstandes. Die wirtschaftliche Hilfe der Sowjetunion durch Lieferung von Rohstoffen und Nahrungsmitteln und durch Beschäftigung für die deutsche Industrie waren gerade in dieser ausserordentlich schweren Lage Deutschlands von unschätzbare Bedeutung.

Im Dezember 1925 vollzog die Regierung Sowjetrusslands einen Schritt, der zeigte, dass sie gewillt war, nationale Unterdrückungspolitik auch aus dem eigenen Hause zu verbannen. Die deutschen Kolonisten an der Wolga, die der Zarismus zäh zu russifizieren bemüht gewesen war, erhielten das Recht, eine selbständige Republik zu bilden, mit deutscher Verwaltung und deutscher Sprache als Unterrichts- und Behördensprache.

Am 24. April 1926 wurde der bekannte Berliner Vertrag zwischen Deutschland und der Sowjetunion unterzeichnet. Er bedeutete eine Bekräftigung, aber auch einen Ausbau des mit dem Rapallo-Vertrag neu gegründeten Freundschaftsverhältnisses. Der Vertrag sah vor dass beide Regierungen in Fühlung miteinander bleiben und über alle gemeinsamen Fragen politischer und wirtschaftlicher Art eine Verständigung herbeiführen. Falls eine der beiden Vertragsmächte von einem Dritten angegriffen würde, war die andere zur Neutralität verpflichtet. Der Vertrag wurde für fünf Jahre geschlossen und im Juni 1931 um drei Jahre

verlängert mit der Massgabe, dass er weiterlaufen solle, falls er nicht gekündigt würde. Für die deutsche Politik war der Vertrag ein grosser Erfolg. Sie sah in ihm - mit gutem Recht - einen Neubeginn der bewährten Bismarckschen Politik gegenüber Russland, - der hier ausführlich geschilderten „Rückversicherungspolitik“. Es war die Politik, Deutschland den Rücken frei zu halten, um so eine festere Sprache mit den ändern Mächten mit den Siegermächten des Weltkrieges sprechen zu können.

Für die Sowjetunion bedeutete der Vertrag von Berlin erhöhte Sicherheit gegen Anschläge sowjetfeindlicher imperialistischer Elemente in Frankreich und England; Deutschland nahm die Verpflichtung auf sich, sich nicht an einer bewaffneten Intervention oder an Sanktionen gegen die Sowjetunion zu beteiligen. Deutschland lehnte es weiterhin ab, Truppen anderer Mächte Durchmarschrecht nach Polen gegen die Sowjetunion zu gewähren.

Über die diplomatische und politische Rückendeckung hinaus gewann aber Deutschland noch zwei gewichtige Vorteile:

erstens: eine bedeutende Belegung seiner Exporttätigkeit nach dem Osten, zu welchem Zwecke die Reichsregierung der deutschen Industrie 330 Millionen Mark sogenannte Russenkredite bewilligte;

zweitens: die deutsche Reichswehr erhielt das Recht, in Russland Fabriken zu errichten und dort Waffen und Ausrüstung, u.a. Flugzeuge herzustellen. Deutschland konnte sich so mit Hilfe Sowjetrusslands von den ihm in Versailles auferlegten demütigenden Beschränkungen seiner Wehrhoheit schon damals zu einem grossen Teil befreien.

Die so gut wie unbegrenzten wirtschaftlichen Ergänzungsmöglichkeiten Deutschlands und der Sowjetunion kamen in den steigenden Zahlen der deutschen Handelsbilanzen mit der Sowjetunion zum Ausdruck. Ihren Höhepunkt erreichte die deutsche Ein- und Ausfuhr im Verkehr mit der Sowjetunion im Jahre 1931. Die Einfuhr aus der Sowjetunion hatte damals einen Wert von reichlich 300 Millionen Mark, die Ausfuhr nach der Sowjetunion erreichte sogar 760 Millionen Mark. Millionen deutscher Arbeiter fanden Beschäftigung durch die Riesenaufträge der russischen Industrie. Eine neue Epoche freundschaftlicher Beziehungen zwischen Deutschland und Russland schien anzubrechen. Man erinnerte sich aufs Neue der bismarckschen Freundschaftspolitik im Verhältnis zu Russland und sah sie in neuem Glanze erstehen.

Besonders die führenden Kreise der Reichswehr befürworteten eine enge Anlehnung an das neue Russland und nahmen von allen utopisch-imperialistischen Eroberungsplänen gen Osten auf das schärfste Abstand. Nie wieder wollten sie die deutschen Waffen in einen Krieg mit der grössten Macht zweier Kontinente und ihren unerschöpflichen Rohstoff- und Menschenreserven verwickelt sehen.

Ein warmer und überzeugter Fürsprecher und Vorkämpfer enger und freundschaftlicher Beziehungen zu Russland war der langjährige Chef der deutschen Reichswehr selbst, Generaloberst von Seeckt. Er hat seine Auffassungen in der berühmten, 1932 verassten, 1933 veröffentlichten Schrift „Deutschland zwischen West und Ost“ für die Mitwelt und Nachwelt festgehalten. Wenn Seeckt den wohlüberdachten Satz niederschreibt: „Zu einer Schwenkung der russischen Aussenpolitik im Sinne eines Gegensatzes zu Deutschland liegt gleichfalls kein Grund vor, solange er nicht von unserer Seite herbeigeführt wird“, - so zeigt dies, dass er es für bitter not hielt, vor einer antirussischen, Politik zu warnen, mit denen die damals zur Macht drängenden Abenteurer der Hitlerpartei offen liebäugelten. Seeckt war aber des weiteren zu denselben Schlussfolgerungen gekommen, wie sie in vorliegender Schrift niedergelegt sind: das neue Russland hat einer imperialistischen Politik grundsätzlich abgesagt.

Ausgehend von den unvergleichlichen Ergänzungsmöglichkeiten beider Volkswirtschaften bejaht Seeckt mit starken Argumenten die Notwendigkeit und ideale Zweckmässigkeit einer wirtschaftlichen Zusammenarbeit. Seeckt unterstreicht, dass Russland besonders gern mit der deutschen Industrie arbeitet, „die“, wie er hervorhebt, „auf persönlichen und sachlichem

Gebiete die erforderliche Anpassungsfähigkeit besitzt und wird dies auch weiterhin tun, solange Deutschland gute Ware liefert und keine politischen Störungen eintreten". „Der russische Markt“, warnt Seeckt, „ist für solche sehr empfindlich, und Unsicherheit der deutschen Politik gegenüber Russland kann und muss ihn leicht verstimmen“. Und Seeckt lässt keinen Zweifel darüber bestehen, wo er den möglichen Ursprung solcher Störungen sieht: „Von nationalsozialistischer Seite sind oft Äusserungen gefallen, als ob man hier die Kampfstellung gegen den Kommunismus nicht mit der Rücksicht auf die Erfordernisse der Aussenpolitik vereinigen könne“.

Seeckt selbst war ein Gegner kommunistischer Anschauungen. Aber eine Ablehnung kommunistischer Ideen hielt er für kein Hindernis guter aussenpolitischer und wirtschaftlich enger Beziehungen zu Russland. Seine eigenen Äusserungen zu diesem Problem seien hier wiedergegeben:

„Vor allem aber müssen wir behaupten, dass unsere Stellung zum Bolschewismus nichts mit der Möglichkeit einer Zusammenarbeit auf wirtschaftlichem und politischen Gebiete zu tun hat. Selbst wenn wir Amerika, das bei aller Abneigung gegen den Bolschewismus reichlich mit Russland arbeitet, wegen seiner Abgelegenheit zum Vergleich nicht heranziehen, so bleibt doch Italien, das mit seinem eigenen Kommunismus gründlich aufgeräumt hat, ohne deswegen auf die Freundschaft mit Russland auf wirtschaftspolitischen Gebiete zu verzichten, als Beispiel“. Seeckt hat es nicht mehr erlebt, wie zum zweitenmal in einem halben Jahrhundert utopischimperialistischen

Plänen zuliebe die russische Freundschaft freventlich geopfert wurde. Hier aber sollen seine mahnenden Worte alle deutschen Männer zur Besinnung, zur Umkehr auf den einzig rechten Weg deutscher Aussenpolitik rufen:

„Ist es noch notwendig, das Interesse Deutschlands an der russischen Freundschaft eingehend zu beweisen? Wollen wir noch einmal zwischen zwei Feinde genommen werden?“ „Deutschland braucht nicht besorgt zu sein, dass Russland von den Verträgen und der Linie seiner Haltung gegenüber Deutschland abweicht, auch nicht, wenn es Nichtangriffspakte mit Polen oder Frankreich abschliesst. Dass es dies tat, ist die Folge der zweifelhaft erscheinenden deutschen Politik, welche Russland eine Sicherung auch auf anderem Wege für alle Fälle ratsam erscheinen liess. Im Grunde bedeuten sie nicht mehr als den Versuch der Garantierung eines Friedens, den Russland für seinen begonnenen Aufbau nötig hat“. Und Seeckt schliesst:

„Die Anbahnung der Verständigung zwischen Russland und Deutschland ist durch militärische Hände gegangen. Militärische Zukunftserwägungen seien hier nicht erörtert, wohl aber soll die notwendige deutsche Haltung unter ein soldatisches Wort gestellt werden. Man erzählt, dass der Graf Schlieffen noch in seiner Todesstunde gesagt habe: 'Macht mir nur den rechten Flügel stark!' So rufen wir der deutschen Politik zu: 'Haltet mir nur den Rücken frei!'"

Am 30. Januar 1933 aber kam Hitler zur Macht.

### **War der Krieg gegen die Sowjet-Union notwendig?**

Nach 2½ Jahren Krieg gegen die Sowjetunion sieht sich das Goebbels-Organ „Das Reich“ gezwungen, die Frage zu stellen: „War der Ost-Krieg vermeidbar?“ ( siehe „Das Reich“ vom 26.12.43.) Goebbels muss versuchen, eine Antwort auf diese Frage zu geben, weil sie heute von Millionen Deutschen an der Front und in der Heimat gestellt wird. Nun war Logik nie die starke Seite des Propagandaministers und auch die Antwort, die er auf diese Frage erteilt, zeichnet sich nicht durch diese, bei der Naziführung seltene Eigenschaft aus. Hier wird einfach auf die Tatsache verwiesen, dass der Krieg bereits 2½ Jahre gedauert und damit die These von den gigantischen Rüstungen der Sowjet-Union und von ihren Angriffsabsichten ihre Bestätigung gefunden habe. Zum Schluss heisst es, dass „die innere Dynamik des Bolschewismus unverändert expansiv und offensiv geblieben ist“.

Hier haben wir ein Musterbeispiel für die Art, wie die nazistische Propaganda in leichtfertigster und betrügerischer Weise Fragen abtut, die letzten Endes über Tod und Leben von Millionen

deutscher Volksgenossen entscheiden. Was zu beweisen war, nämlich der Überfallswille und das Expansionsstreben der Sowjet-Union wird einfach als Behauptung aufgestellt und dem Leser als unumstößliche Wahrheit serviert. Goebbels wiederholt hier nur das Argument, mit dem Hitler am 22.6.41. den Überfall auf Russland begründete: die russische Armee habe bereit gestanden, Deutschland zu überfallen und nur der auf Befehl Hitlers erfolgte Angriff habe verhindert, dass ganz Europa der bolschewistischen „Dampfwalze“ aus dem Osten erlag. Hitler behauptete also, sein Überfall auf Russland sei ein Präventivkrieg gewesen und lobt ihn selbst als seine grösste Tat. Ehe hier zur Untersuchung der Frage geschritten wird, ob Russland denn wirklich diese finsternen Absichten hatte, ob es sich daher überhaupt um einen Präventivkrieg handelte, sollen hier grosse Staatsmänner der deutschen Vergangenheit zu der Frage gehört werden, ob denn ein Präventivkrieg wirklich verantwortet werden kann. Bismarck schrieb darüber: „Ich bin der behahenden Theorie (des Präventivkrieges) nicht bloss zur Luxemburger Zeit, sondern auch später, 20 Jahre lang, stets entgegengetreten in der Überzeugung, dass auch siegreiche Kriege nur dann, wenn sie aufgezwungen sind, verantwortet werden können und dass man der Vorsehung nicht so in die Karten sehen kann, um der geschichtlichen Entwicklung nach eigener Berechnung vorzugreifen“. (Bismarck, „Gedanken und Erinnerungen“, Band II., Kapitel 22) Auch Kaiser Wilhelm I. hat sich in sehr ernstesten Worten gegen die „in neuester Zeit wieder gangbar gewordenen deutschen Prahlereien: man müsse, wenn Frankreich wirklich nur bis zur Wiederherstellung seiner Armee Frieden halten werde, ihm nicht den Zeitpunkt zum Losschlagen überlassen, sondern unsererseits das prevenir (das Zuvorkommen) spielen und an Frankreich den Krieg zutragen, ehe es fertig ist mit seinen Rüstungen. Um glückliche Kriege zu führen, raus dem Angreifenden die Sympathie aller edelgesinnten Menschen und Länder zur Seite stehen und dem, der ungerecht den Krieg zuträgt, die öffentliche Stimme den Stein werfen. Wer ungerechtfertigt zu den Waffen greift, wird die öffentliche Stimme gegen sich haben, er wird keinen Alliierten finden, keine neutres bienveillants (wohlwollenden Neutralen), ja, überhaupt wohl keine Neutralen, wohl aber Gegner finden“. (Handbemerkung vom 16. Mai 1875) Beim Lesen dieser Zeilen wird mancher Deutsche den Tag verfluchen, an dem die Geschicke des Reiches und des Volkes in die Hände von Abenteurern und Verbrechern vom Schlage Hitlers, Himmlers und Goebbels' gelegt wurden.

Für jeden, der die Wahrheit sucht, ist es nicht schwer zu verstehen, dass es sich bei dem Überfall auf Russland nicht einmal um einen Präventivkrieg gehandelt hat, sondern allein um einen, auf lange Sicht systematisch vorbereiteten Raubkrieg. Die Naziführer haben ja eigentlich nichts unterlassen, um unserem Volke und der ganzen Welt das Verständnis für diese Tatsache zu erleichtern. Hitler hat sich bereits in seiner Bibel „Mein Kampf“ zu dem Eroberungskrieg im Osten bekannt, ja, er hat geradezu die Eroberung von Land im Osten als die Hauptaufgabe seiner Aussenpolitik bezeichnet. So heisst es auf Seite 742 in „Mein Kampf“: "Damit ziehen wir Nationalsozialisten bewusst einen Strich unter die aussenpolitische Richtung der Vorkriegszeit. Wir setzen dort an, wo man vor 6 Jahrhunderten endete. Wir stoppen den ewigen Germanenzug nach den Süden und festen Europas und weisen den Blick nach dem Land im Osten. Wenn wir aber heute in Europa von neuem Grund und Boden reden, so können wir in erster Linie nur an Russland denken und die ihm Untertanen Randstaaten".

Die skandalösen Ergüsse verantwortlicher deutscher Minister auf den Nürnberger Parteitag haben bereits 1935 und 1936 der ganzen Welt verkündet, welche Absichten die Naziführer verfolgten, hier seien nur einige Sätze aus der Rede Rosenbergs in Nürnberg auf dem Parteitag 1936 angeführt:

„Und für uns ergibt sich heute die eine Tatsache, dass der Bolschewismus eine bestimmte Anschauung der Welt, jedenfalls in seiner Führung repräsentiert. Es ist die Weltanschauung der Unterwelt, die grundsätzliche Aufpeitschung aller schäbigen Triebe eines zersetzten Menschentums, verbunden mit dem wahnsinnigen Hass eines Parasitenvolkes. Eine solche politische und organisatorische Weltverschwörung kann nicht mehr allein mit Polizei und Militär

niedergeschlagen werden.... Die Überwindung der bolschewistischen Lehre ist nur und ausschliesslich durch einen neuen Glauben, durch einen aus dieser Weltanschauung geborenen Willen zur Tat und durch die entscheidende Tat selbst möglich".

Das war der Ton, den das Hitlerregime gegenüber Völkern führte, mit denen es diplomatische und handelspolitische Beziehungen aufrechterhielt. Das war wirklich „einmalig“ in der Weltgeschichte, um einen Lieblingsausdruck Hitlers zu gebrauchen.

Aber es ist gar nicht notwendig, so weit zurückzugreifen, um den wirklichen Sinn des Hitlerschen Krieges gegen Russland aus Goebbels eigenem Munde zu erfahren. Das war zu jener Zeit, als Hitler der Welt verkündete, dass „dieser Gegner am Boden liegt und nie sich mehr erheben wird, und als der Reichspressechef Dr. Dietrich seine journalistische Ehre opferte, als er den Vertretern der Weltpresse erklärte, der Krieg im Osten sei im Wesentlichen siegreich beendet.

Damals hielt auch Goebbels die Zeit für gekommen, offener als am 22. Juni 41 zu den Problemen des Krieges gegen die Sowjet-Union zu sprechen. Am 18. Oktober 1942 schrieb Goebbels in „Das Reich“:

„Über den tiefen Erschütterungen unserer Zeit steht ewig und unveränderlich der Wille nach Raum. Er gibt dem Kriege seinen Sinn. Er verklärt auch die grössten und schwersten Opfer“. Schon am 31. Mal 1942 hatte Goebbels in derselben Zeitung, in einem Artikel „Wofür?“ die Katze aus dem Sack gelassen, als er schrieb:

„Heute weiss jeder deutsche Soldat, Arbeiter und Bauer, wofür wir kämpfen und arbeiten. Das ist kein Krieg für Thron und Altar, es ist ein Krieg für Getreide und Brot, für einen vollgedeckten Frühstück-, Mittags- und Abendtisch, ein Krieg für die Erringung der materiellen Voraussetzungen zur Lösung der sozialen Frage, der Frage des Wohnungs- und Strassenbaus, des Baues einer Kriegs-, Handels- und Reiseflotte, des Baues von Volkswagen und Traktoren, von Theatern und Kinos für das Volk bis ins letzte Dorf hinein, ein Krieg um die Rohstoffe, um Gummi, um Eisen und Erze, kurzum es ist ein Krieg um ein menschenwürdiges nationales Dasein, das wir als verschämte Arme zu führen nicht in der Lage waren“.

Um es noch deutlicher zu machen, steht im selben Artikel folgender Satz: „Man kann nicht ewig für Ideale kämpfen, und es ist für die Dauer eher ein Zeichen der Gutmütigkeit eines Volkes als seiner Klugheit und politischen Weitsicht, den Kulturdünger für die Welt zu stellen“. Da gibt es auch nicht einmal den Versuch, dem Krieg eine ideologische Begründung zu geben. Da ist nicht mehr die Rede von einem Verteidigungskriege. Da geht's um Rohstoffe, um Eisen und Erze, um Gummi. Da wird auf jede Verschleierung verzichtet und offen ausgesprochen: Wir führen einen Krieg, um zu erobern, um zu rauben. Es ist der Imperialistische Krieg in seiner brutalsten und offensten Form, den Goebbels proklamiert. Ja, das war zu einer Zeit, als die Hitler-Regierung den Sieg als sicher ansah.

Betrachtet man alle diese Dinge, so bleibt die Frage: welche Kräfte waren es denn letzten Endes, die den Krieg gegen Russland entgegen aller Vernunft, entgegen allen Interessen des deutschen Volkes forderten und Wirklichkeit werden liessen?

Eines ist sicher: das Volk wollte diesen Krieg nicht. Ja, es wusste nicht einmal von der Absicht. Die übergrosse Mehrheit der deutschen Bevölkerung hatte den Freundschaftspakt zwischen der Sowjet-Union und Deutschland vom August 1939 mit grösster Freude und Dankbarkeit begrüsst, gerade weil sie in diesem Vertrag die Garantie für eine Begrenzung des Krieges und damit der ungeheuren Opfer und Leiden erblickte. Der Verrat Hitlers erfüllte die Heimat im Jahre 1941 mit düsteren und angstvollen Gedanken und Gefühlen für die Zukunft. Die Botschaft des Krieges gegen Russland wirkte wie ein Chock nicht nur für Millionen Soldaten, sondern für die ganze Heimat (abgesehen von den eingeweihten Mitgliedern der Nazipartei, denen der Pakt mit der Sowjet-Union stets ein unangenehmes, doch für eine gewisse Zeit notwendiges Übel gewesen war).

Dennoch gab es eine Gruppe in der Bevölkerung, die diesen Krieg ersehnt hatte, die von diesem Kriege die Erfüllung aller ihrer geheimen Träume erwartete. Es waren dies die Harren

der deutschen Riesen trusts, der Montan-Industrie, des Stahlkartells, die Rüstungsindustriellen – kurz: es waren die deutschen Plutokraten. Es waren dieselben Leute, die bereits vor dem 30. Januar 1933 die Hitlerbewegung finanzierten, die bereits damals Hitlers aussenpolitisches Programm gutgeheissen hatten und die 1941 endlich die ihnen gemachten Versprechungen eingelöst sahen.

Schaut man sich jene deutschen Firmen und Gesellschaften, die in den Jahren 1941 und 1942 in den besetzten Gebieten der Kohlen- und Erzreichen Ukraine hervorschossen, einmal etwas näher an, dann findet man u.a. - um nur die grössten zu nennen:

Mannsnnann Röhren- und Eisenhandel G.m.b.H.

Krupp Eisenhandel G.m.b.H.

Die Vereinigten Stahlwerke Eisenhandel- und Stahlbau G.m.b.H.

alle drei mit Sitz in Kiew und ferner:

Union Hösch Maschinenbau und Bahnbedarf, Riga.

Ja, alles sehr wohl bekannte Namen, die nicht erst heute auftauchen, sondern bereits vor 1914 überall da zu finden waren, wo die deutsche Expansionspolitik, begleitet von prahlenden Reden Wilhelm II. die Welt zu Feinden Deutschlands machte. So beim Bau der Bagdadbahn, auf dem Balkan, in Marokko, wo die Mannesmannwerke 1908 beinahe schon einen Kriegsgrund gefunden hatten, um durch Annexion Marokkos die dortigen Kupferminen in ihre Tasche stecken zu können.

Neben den oben erwähnten Unternehmungen sei eine andere Grossgründung der deutschen Plutokraten in Russland nicht vergessen, die besonderes Interesse verdient. Es ist die im Frühjahr 1941 geschaffene „Kontinentale Öl A.G.“ Diese hatte bei der Gründung sogleich ein Aktienkapital von 80 (achtzig) Millionen Mark, das später auf 200 Millionen Mark erweitert werden sollte. Beteiligt waren der deutsche Stahltrust, die I.G. Farben-Industrie, die Braunkohle-Benzin A.G. und andere - wie man sieht, alles ausserordentlich starke Kapitalinteressen. Der Vorsitzende dieser privatkapitalistischen Aktiengesellschaft war - der Reichswirtschaftsminister Funk. Ein immerhin nicht ganz alltäglicher Anblick, den höchsten Wirtschaftsbeamten des Reiches in der Gesellschaft der bekanntesten und millionenreichen Privatkapitalisten.

Ein Blick auf jene Firmen und Unternehmen, die sich über die Rohstoffquellen und Reichtümer der Ukraine und des Donetzbeckens hergemacht haben, lässt es verständlich erscheinen, warum gerade diese Kreise die Hitlerbewegung unterstützt haben, warum gerade diese Kreise den Krieg gegen die Sowjet-Union gefordert und durchgesetzt haben. Wie sagte doch Dr. Goebbels? „Kein Krieg um die Rohstoffe um Gummi, um Eisen und Erze“! Dafür starben bereits sechs Millionen deutscher Soldaten, sechs Millionen bester deutscher Jugend! Erst als es auch den Herren der Hitlerregierung klar wurde, dass der Krieg nicht beendet war, als es ihnen klar wurde, dass die Sache schief ging, besann sich Goebbels wieder auf die expansionalüsterne und angriffsbereite Rote Armee und Sowjetunion, mit der sein Herr und Meister den Freundschaftsvertrag gebrochen, gegen die er den Ostkrieg begonnen hatte. Hier sei kurz auf diesen bewussten Betrug der Nazi-propaganda eingegangen.

Schon am 22. Juni 1941 veröffentlichte die Hitlerregierung sogenannte Dokumente die ein Beweis für die Behauptung sein sollten, Russland habe Deutschland überfallen wollen. Unter diesen „Dokumenten“ - die jedem Deutschen zur Nachprüfung zugänglich sein dürften - befindet sich ein angeblicher Bericht des OKW an die Reichsregierung datiert: 11. Juni 1941. Dieser Bericht vom 11. Juni 1941 - also gut eine Woche vor dem Angriff Hitlers - ist der erste Bericht des OKW überhaupt über angebliche riesige Truppenkonzentrationen auf russischer Seite, und schon zehn Tage nach diesem - wohl gemerkt erstem - Bericht an die Reichsregierung über die drohende Gefahr schlugen die Armeen Hitlers und seiner Verbündeten los! Zehn Tage nur brauchte Hitler für diesen „gewaltigsten Aufmarsch aller Zeiten“, wie er ihn selbst nannte?? Ist es nicht richtiger anzunehmen, dass der Beginn der hitlerschen Kriegsvorbereitungen viel länger zurückliegen muss?? Dann wird es auch



verständlich, warum deutsche Truppen in Finnland standen, warum grosse deutsche Armeen trotz Abschluss des Balkanfeldzuges in Bulgarien und Rumänien verblieben!

Die „Dokumenten“-Sammlung vom 22. Juni 1941 enthält aber noch mehr sich selbst widersprechende Feststellungen. Im angeblichen Bericht des OKW vom 11. Juni 1941 heisst es, dass

„der Aufmarsch der Roten Armee im Wesentlichen als beendet angesehen werden muss“.

Im Aufruf Hitlers vom 22. Juni 1941 lesen wir es jedoch anders. Dort heisst es: „Nur der Sieg der Achsenmächte auf dem Balkan hat den Plan zunichte gemacht, Deutschland während des Sommers in monatelange Kämpfe in Südosteuropa zu verwickeln und in der Zwischenzeit den Aufmarsch der sowjetrussischen Armeen seinen Abschluss näher zu bringen“.

Also laut Hitler und im Gegensatz zu dem angeblichen OKW-Bericht war der Aufmarsch der russischen Armee noch nicht zu Ende geführt!

In der „Dokumenten“-Sammlung vom 22. Juni 1941 findet sich noch ein anderer „Beweis“ russischer Eroberungsabsichten: die angeblichen Forderungen des russischen Aussenministers Molotow bei seinem Besuch in Berlin. Es handelt sich hier um eine einseitige Behauptung wie in so vielen anderen Fällen. Diese Behauptung hat aber nicht einmal eine hauchdünne Wahrscheinlichkeit für sich. Denn sie steht in vollem Widerspruch zu den Worten des anlässlich des Besuches Molotows veröffentlichten gemeinsamen deutsch-russischen Kommuniques über das Ergebnis der Besprechungen Molotows mit Hitler. In diesem Kommunique heisst es aber, „die Besprechungen führten generell zu beiderseitigem Einvernehmen in allen wichtigen Fragen, die Deutschland und Russland interessieren“.

Hätte ein solches Kommunique ausgegeben werden können, wenn Molotow wirklich so weitgehende Forderungen gestellt hätte, wie die „Dokumenten“-Sammlung vom 22. Juni 41 nachträglich behauptet, Forderungen, die Hitler angeblich scharf zurückgewiesen hat? Nein. Der Wortlaut des Kommuniques über Molotows Besuch in Berlin widerlegt jedes Wort der späteren Zweckerfindungen des deutschen Aussenministeriums über angebliche Forderungen des russischen Aussenministers.

Nach 2½ Jahren Krieg im Osten kann es für keinen objektiven und die Wahrheit suchenden Deutschen mehr Zweifel geben, dass die Russen für einen Überfall auf das Reich überhaupt nicht vorbereitet waren. Der Verlauf der Kämpfe hat eindeutig bewiesen, dass die Sowjet-Union erst im Verlaufe des Krieges ihre gewaltigen Kräfte mobilisiert hat. Ja es steht heute fest, dass nicht einmal eine umfassende Mobilisierung stattgefunden hat. Zur Zeit des ungestümen Vordrängens der deutschen Heere bis vor die Tore Moskaus wurden führende russische Heerführer zurückgezogen und mit der Formierung neuer Heere betraut. Erst ein Jahr nach Ausbruch des Krieges konnte Stalin die Beendigung der Mobilisierung verkünden. Ebenso wenig war von einer Umstellung der russischen Industrie auf Kriegsproduktion die Rede. Eine Nation, die erst nach zwei Jahren Krieg imstande ist, ihre Industrie, ihre Menschenmassen und ihre gesamten Kräfte in vollem Masse für die Kriegführung einzusetzen, kann unmöglich das Ziel gehabt haben, Europa niederzuringen.

Der Überfall auf Russland zeigt die ganze abenteuerliche Politik des Hitlerregimes. Hitler ist stolz darauf, dass er es wagt, das Schicksal herauszufordern, alles auf eine Karte zu setzen, kühne Pläne zu entwerfen. Damit hat er oft geprahlt. Am 22. Juni 41 war sein Ziel, in wuchtigen Schlägen, unter Einsatz der ganzen Kraft der Wehrmacht die russische Armee zu zerschlagen, die wichtigsten strategischen Positionen wie Moskau, Leningrad und den Kaukasus zu besetzen und so eine umfassende Mobilisierung Russlands unmöglich zu machen. Wäre dieser Plan gelungen, dann konnte Hitler sich getrost als Welteroberer betrachten, neben dem Napoleon klein und nichtig erscheinen musste.

Aber ein solcher Plan konnte überhaupt nur entstehen unter der Voraussetzung, dass Deutschland in der Mobilisierung der Kräfte einen ungeheuren Vorsprung hatte. Wäre Russland wirklich auf den Krieg vorbereitet gewesen, hätte es alle seine Kräfte, die die Welt später erstaunten, voll mobilisiert gehabt, dann hätte Hitler wohl niemals den Überfall in Szene

gesetzt.

Im übrigen ist es wirklich nicht einzusehen, warum gerade Russland, das 1941 als einzige Grossmacht in Europa ausserhalb des Krieges stand, das ausserdem seine Ostgrenzen gegen Japan schützen musste, sich in das kostbare Abenteuer eines Krieges stürzen sollte, der ihm ungeheure Opfer kosten musste.

Wem also soll man Glauben schenken: dem Goebbels, der den Sinn des Krieges in den unabänderlichen Willen nach Raum erblickt oder dem Goebbels, der heute händeringend beteuert, dass die Russen den Krieg heraufbeschworen haben, weil ihre Absicht dahin ging, Deutschland zu überfallen?

Die Antwort fällt nicht schwer: als man das Spiel für gewonnen hielt, platzte man übermütig mit der Wahrheit heraus, als man wieder in der Tinte sass, versuchte man, die eigene Schuld und Verantwortung daran wegzulügen.

So sehen wir, dass die Hitlerregierung alle Lehren der Geschichte beiseite geschoben hat. Alle Warnungen grosser und der Sache ihres deutschen Vaterlandes treu ergebener Männer wurden in den Wind geschlagen. Nicht einmal die Einsicht und Ratschläge der militärischen Lehrmeister wie Clausewitz, Seeckt und anderer wurden beachtet. Ja, selbst bei dem nationalsozialistischen Wehrwissenschaftler Banse hätten die unverantwortlichen Führer des Dritten Reiches die militärische Unmöglichkeit eines Sieges über Russland herauslesen können oder zumindestens begreifen müssen, dass ein Krieg gegen Russland bedeutete, die Existenz Deutschlands aufs Spiel zu setzen. Nicht nur hat Banse auf die Bedeutung des weiten russischen Raumes in der Kriegführung hingewiesen, er hat auch gezeigt, dass ein moderner Krieg nur geführt werden kann unter Anlehnung an eines der drei Riesenwirtschaftsreiche: die Vereinigten Staaten von Nordamerika, das britische Imperium oder Russland, wobei er nicht unterlassen hat, darauf hinzuweisen, dass eine Eroberung russischer Gebiete keine Gewähr bietet für eine effektive Ausnutzung seiner Rohstoffquellen und seines Reichtums infolge der feindlichen Haltung seiner Bevölkerung.

So sind es also zwei Dinge, die den Krieg ermöglicht haben:

erstens: die Unfreiheit unseres Volkes, die Zwangsherrschaft der Hitler-Tyrannie, die das deutsche Volk von jeder Entscheidung über seine eigenen Lebensfragen fernhält und jede Stimme gegen den Wahnsinn des Krieges rücksichtslos unterdrückt und ausrottet und zweitens: der überragende Einfluss, den unkontrollierte Kreise auf die Politik des Reiches ausüben, nämlich jene Kreise der Rüstungsfürsten und Plutokraten, die seit mehr als 40 Jahren Schuld sind an der unglückseligen Politik, die Deutschland zwei verwüstende und die Substanz der Nation untergrabende Kriege gebracht hat.

### **Der Weg zu Deutschlands Rettung**

Eine Frage, die bei der Beurteilung der Politik der Vergangenheit und nicht minder für die Klarlegung der deutschen Politik in der Zukunft entscheidend ist, lautet: kann Deutschland mit seiner hochentwickelten Industrie, bei der hohen Zahl seiner Bevölkerung, der Notwendigkeit der Einfuhr von Rohstoffen und Nahrungsmitteln überhaupt auf eine imperialistische Expansion, auf die Erwerbung neuen Bodens und neuer Rohstoffe verzichten? Oder anders ausgedrückt: ist die Eroberung von Rohstoffen und Absatzmärkten für Deutschland nicht eine Frage von Leben und Tod? Das ist zweifellos eine zentrale Frage der deutschen Zukunft, weil Deutschlands tiefstes Unglück und die furchtbarsten Leiden des deutschen Volkes ursächlich mit der imperialistischen Politik der vergangenen vierzig Jahre verbunden sind, weil der Imperialismus das deutsche Volk bereits zum zweiten Male in einen aussichtslosen Krieg gestürzt hat. Damit hat gleichzeitig die Geschichte das endgültige und vernichtende Urteil über die barbarische und ausweglose imperialistische Politik gefällt.

Die kurze Zeitspanne der freundschaftlichen deutsch-russischen Beziehungen seit 1920 hat erwiesen, welche Möglichkeiten friedliche Beziehungen zwischen den beiden grossen Ländern für das wirtschaftliche Leben gerade Deutschlands eröffnen. Eine der tonangebenden

Zeitschriften der deutschen Wirtschaft, „Deutscher Volkswirt“, schrieb in der Nr. 37 vom 25. August 1939 anlässlich des damals soeben abgeschlossenen deutsch-russischen Freundschaftsvertrages:

„Das deutsche Volk und das russische haben in ihren natürlichen und historischen Zustand freundnachbarlicher Verhältnisse zurückgefunden..... Diese politische Situation wird durch hervorragende wirtschaftliche Austauschmöglichkeiten des gewerblichen Deutschland mit dem Agrar- und Rohstoffland UdSSR ergänzt. Man erinnert sich daran, dass es nach dem Kriege Jahre gegeben hat, in denen die Summe des deutschen Aussenhandels mit Russland mehr als eine Milliarde Mark betrug. Und wenn die Entwicklung des Verkehrswesens die Entfernungen auf ein Minima hat zusammenschumpfen lassen, so wird dadurch das wirtschaftliche Ergänzungsbedürfnis nur noch verstärkt, ohne dass sich an der politischen Schwerpunktlage Deutschlands und Russlands also an dem Fehlen wirklicher politischer Reibungsflächen, auch nur das Geringste verändert“.

Ein zielbewusster und planvoller Ausbau der deutsch-russischen Wirtschaftsbeziehungen hätte weiteren Millionen deutscher Arbeiter und einem grossen Teil der deutschen Industrie Arbeit gegeben. Hier wäre ein wesentlicher Aufgabenbereich der deutschen Wirtschaft gewesen, dessen Umfang unter der Voraussetzung, dass Hitler den Frieden bewahrt hätte, eine gigantische Erweiterung hätte erfahren können. Hier hätte auch der natürliche Weg der Überwindung der Arbeitslosigkeit gelegen.

Hitler jedoch hat den Freundschaftsvertrag mit Russland nie anders als ein taktisches Manöver betrachtet. Mit seiner Hilfe sollte der Friede an der Ostgrenze des Reiches nur solange gesichert werden, bis der Südosten Europas in die neue "Grossraumordnung" der deutschen Plutokraten eingegliedert worden war. Alle jene Deutschen, die damals in Adolf Hitler einen Staatsmann sahen, der es verstand, die notwendigen Lehren aus der Geschichte zu ziehen, wurden 1941 bitter in dieser Vorstellung enttäuscht. Der 22.Juni 1941 zeigte, dass Hitler niemals den Willen gehabt hat, in dauernden friedlichen und freundnachbarlichen Beziehungen zu anderen Völkern zu leben; sein Ziel war von Anfang an der Krieg, die Eroberung fremder Länder und ihre Unterwerfung.

Das fleissige und tüchtige deutsche Volk kann aber nicht nur im Handel mit Russland Arbeitsund Lebensmöglichkeiten finden. Hier nur ein Zeugnis von gewiss unverdächtigter Seite. In der Zeitschrift „Vierjahresplan“ Nr.9 vom 5.Mai 1941 hat Direktor Karl Lange, der Bevollmächtigte für den deutschen Maschinenbau einige Betrachtungen über „Maschinenbau und Kriegspotential“ angestellt. Direktor Lange stellt fest, dass der Anteil Deutschlands am Weltmaschinenexport nach dem ersten Weltkrieg in ständigem Wachsen begriffen war. 1927 wurde Englands Maschinenexport überflügelt. Für 1931 gibt Lange folgende Zahlen über den Anteil am Weltmaschinenexport: Deutschland 36%, USA 28%, England 18%. Bis 1936 hält Deutschland seine führende Stellung, 1937 dagegen exportierten die USA 2 bis 3 Prozent mehr als Deutschland. Die Begründung für diese Tatsache gibt Direktor Lange Gelegenheit zu einer ausserordentlich interessanten Feststellung. Er betont: dieser Rückgang ist nicht in der qualitativen Überlegenheit der USA-Produktion zu suchen, sondern „entscheidend ist vielmehr, dass Deutschland durch den 4-Jahresplan und die Aufrüstung bereits sehr angespannt war und die deutsche Maschinenindustrie ihren bisherigen hohen Anteil nicht mehr an den Weltmarkt liefern konnte, während die USA kürzere Lieferfristen anzubieten vermochte“.

Damit wird nur bestätigt, was oben gesagt wurde. Die systematisch betriebene Aufrüstung und Vorbereitung des Krieges gestaltete Deutschlands Situation auf dem Weltmarkt immer schwieriger. Die Führung wollte den Krieg, setzte alle Kräfte des Landes für diesen Zweck ein und zerschlug bewusst die Möglichkeiten, in friedlicher Beziehung zu anderen Ländern eine Friedenswirtschaft aufzubauen. Die vorläufige Überwindung der Arbeitslosigkeit ist nur dieser gewaltigen Aufrüstung zu danken gewesen und musste schliesslich mit den Leiden des Krieges bezahlt werden.

Hitler hat 1939 prahlend der Welt verkündet, dass er 90 Milliarden Mark in der Aufrüstung investiert hatte. Inzwischen sind die Kriegsausgaben auf über 400 Milliarden angewachsen. Wäre nur ein Bruchteil dieser Mittel einer friedlichen Wirtschaft zugeführt worden, zu welchen Resultaten hätte das für Wirtschaft und Volk führen können! Hätten wir dann Millionen Tote zu beklagen? Hätten die Grosstädte in Ruinen gelegen? Wäre das deutsche Volk dann das bestgehasste? Stände dann Deutschland in einer solchen Lage, wie es tatsächlich der Fall ist, bedroht von einer Katastrophe unvorstellbaren Ausmasses, wenn Wehrmacht und Volk nicht endlich Hitler zur Verantwortung ziehen und seiner grauenvollen Herrschaft ein Ende bereiten? Ist es nicht klar, dass Deutschland zu wählen hat zwischen zwei Wegen, zwischen Imperialismus und friedlicher Arbeit auf dem Boden der Heimat, in freundschaftlicher Beziehung zu den anderen Völkern? Der eine Weg, der Weg Hitlers, der Weg des brutalen Imperialismus, führt zu Krieg, Verwüstungen, Massensterben an der Front und in der Heimat, Bedrohung und schliesslich Vernichtung unserer Volkssubstanz.

Der andere Weg, das ist der Weg des Friedens, des Aufbaus, der planvollen Wirtschaftspolitik, die ihre Aufgabe in der Pflege friedlicher Wirtschaftsbeziehungen zu anderen Völkern und in einer bewussten und planmässigen Ausweitung des inneren Absatzmarktes, in der Befriedigung der gerechten Bedürfnisse unseres gesamten Volkes erblickt.

Noch ein anderes Argument wird von Hitler und Goebbels immer wieder zur Rechtfertigung des Krieges ins Feld geführt; es ist die Behauptung, dass Russland diesen Krieg führt mit dem Ziel der Vernichtung Deutschlands, dass Russland und seine Alliierten die nationale Selbständigkeit Deutschlands bedrohen, das Reich aufteilen wollen, dass Millionen Deutsche bei einer Niederlage den Weg nach Sibirien antreten müssten usw. usf.

Gibt es von russischer Seite Erklärungen über die russischen Kriegsziele? Jawohl, solche gibt es! Vom ersten Tage des Krieges an hat die russische Regierung den Krieg als vaterländischen Verteidigungskrieg der russischen Völkerfamilie gegen die hitlerischen Eindringlinge proklamiert. Welche moralischen Kräfte ein solcher Krieg in der Bevölkerung zu mobilisieren vermag, das zeigt das russische Beispiel der vergangenen drei Jahre. Mit Beschämung muss man als Deutscher feststellen, dass der Krieg, den die deutschen Heere im Osten führen, nur als Angriffs- und Raubkrieg gekennzeichnet werden kann.

Über die Kriegsziele Russlands erklärte Stalin in einer Rede an 25. Februar 1942 zum Jahrestag der Gründung der Roten Armee (von Goebbels wurde keine der so wichtigen Erklärungen russischer Staatsmänner bisher im Wortlaut veröffentlicht ! ):

„Hin und wieder liest man in der ausländischen Presse die alberne Behauptung, dass das Ziel der Roten Armee darin besteht, das deutsche Volk auszurotten und den deutschen Staat zu vernichten. Das ist natürlich kindischer Unsinn und eine dumme Verleumdung der Roten Armee. Die Rote Armee hat solche idiotischen Absichten nicht und kann sie auch gar nicht haben. Das Ziel der Roten Armee besteht darin, die deutschen Okkupanten aus unserem Lande zu verjagen und den Boden der Sowjet-Union von den deutschen faschistischen Eroberern zu befreien. Allerdings ist es höchst wahrscheinlich, dass der Krieg für die Befreiung unserer Sowjetheimat auch zur Vertreibung oder Vernichtung der Hitlerbande führt. Aber es wäre lächerlich, die Hitlerbande mit dem deutschen Volk, mit dem deutschen Staat zu verwechseln. Die Erfahrungen der Geschichte zeigen, dass die Hitlers kommen und gehen, dass aber das deutsche Volk und der deutsche Staat bestehen bleiben“.

Und am 6. November 1942 erklärte Stalin in einer Rede vor dem Moskauer Sowjet: „In seinen Gesprächen mit dem türkischen General Erkilet, die in der türkischen Zeitung „Cumhuriyet“ veröffentlicht sind, sagt Hitler: „Wir werden Russland vernichten, dass es sich niemals mehr erheben kann“. Mir scheint, das ist klar, wenn auch albern. Wir haben keine solche Aufgabe, Deutschland zu vernichten, denn es ist unmöglich, Deutschland zu vernichten. Aber den Hitlerstaat vernichten kann und muss man. Unsere erste Aufgabe besteht auch gerade darin, den Hitlerstaat und seine Inspiratoren zu vernichten“.

In demselben Gespräch mit demselben General fährt Hitler fort: „Wir werden den Krieg so

lange fortsetzen, bis in Russland keine organisierte militärische Macht übrigbleibt". Mir scheint, das ist klar, wenn es auch von völliger Unbildung zeugt. Wir haben keine solche Aufgabe, jegliche organisierte militärische Kraft in Deutschland zu vernichten, denn jeder nur einigermaßen gebildete Mensch versteht, dass dies ebenso wie in Bezug auf Russland auch in Bezug auf Deutschland nicht nur unmöglich, sondern auch vom Standpunkt des Siegers aus unzweckmässig ist. Aber die Hitlerarmee vernichten kann und muss man".

Soweit Stalin. Trotz des seit damals erfolgten Umschwunges in der Kriegslage hält die russische Regierung an diesen Kriegszielen nach wie vor fest, wie aus russischen offiziellen Verlautbarungen der letzten Zeit hervorgeht. Nun wird mancher geneigt sein, den Erklärungen Stalins nicht allzu viel Wert beizumessen. Das wäre berechtigt, wenn seine Worte mit den Taten der Sowjet-Union in Widerspruch ständen. Doch Stalins Worte entsprechen vollkommen der wohlwollenden Haltung Sowjetrusslands gegenüber dem in Versailles gedemütigten Deutschland.

Die Schreckenspropaganda der Naziführer findet auch nicht den Schein einer Berechtigung in den von der Sowjet-Union und ihren Vertretern abgegebenen offiziellen Erklärungen. Um die eigentlichen Hintergründe der Schreckenspropaganda klarzulegen seien hier einige Ausführungen von Herrn Major Bechler wiedergegeben, die dieser im Sender des Nationalkomitees "Freies Deutschland" gemacht hat. Major Bechler war von Oktober 1940 bis März 1942 Adjutant im OKH.

Major Bechler berichtet, dass Hitler im März 1941 auf einer vertraulichen Zusammenkunft über den von ihm beabsichtigten Russlandfeldzug zum ersten Mal den Schleier des Geheimnisses in engem Kreise lüftete. Er erklärte dabei, dass die gesamte russische Intelligenz, die Bürgermeister, Wirtschaftsführer, Ingenieure usw. an Ort und Stelle durch die Truppe erledigt werden müssten und aus diesem Anlass die Militärgerichtsbarkeit aufzuheben sei. Diesen permanenten Massenmord bezeichnete er als notwendig zur Ausrottung des Bolschewismus und zur Germanisierung des Ostens. Verantwortliche Generale opponierten gegen diese Pläne mit der Begründung, die Moral der Truppe könne dabei Schaden nehmen. Später wurden diese Mordbefehle dann doch vom Führerhauptquartier herausgegeben. Im Dezember 1941 nahm Major Bechler als Adjutant des Generals der Artillerie Eugen Müller an einer Besprechung im FHQ teil. Als diesmal einige Generale, - es wurde die Erschiessung von Zivilpersonen besprochen - das Wort Völkerrecht fallen liessen, begann Hitler zu toben und schrie: "Völkerrecht? Was Völkerrecht ist, das bestimmen wir, wenn wir den Krieg gewonnen haben!" Major Bechler berichtet: "Nach dieser Besprechung in FHQ griff sich der General Eugen Müller an den Kopf und sagte: 'Wenn das schief geht, es ist einfach nicht auszudenken!' So liegen also die Dinge - und im übrigen wissen ja die Soldaten der Wehrmacht an der Ostfront und in Polen nur zu gut, wie auf Befehl der Naziführer und der Gestapo Hunderttausende Zivilpersonen gemordet wurden. Den Willen, Völker zu vernichten, hat Hitler und nicht seine Gegner. Wer hat denn der eigenen Jugend in den Verbänden der HJ, auf den Junkerschulen der SS den Rassenwahnsinn gepredigt und das „Recht“ das „Herrenvolkes“, "niedere Rassen auszurotten?"

Den General Müller kam schon damals das Grauen an. Was die Naziführerclique heute fürchtet, ist die Vergeltung. Sie fürchten, für ihre gemeinen Schandtaten zur Verantwortung gezogen zu werden, für die sie das ganze deutsche Volk verantwortlich machen wollen. Sie reden dem deutschen Volke ein, dass die Gegner Hitlers dieselbe tierische Brutalität gegen das deutsche Volk anwenden werden, wie er es im Osten befohlen hat.

Nicht nur Stalin, sondern auch Roosevelt und Churchill haben feierlich erklärt, dass die Bestrafung der Kriegsverbrecher, d.h. der Verantwortlichen für die begangenen Kriegsverbrechen ein Ziel des Krieges ist, dass jedoch das deutsche Volk diesen Bestrafungen nicht ausgesetzt werden kann.

Deswegen ist die „Überführung deutscher Arbeiter nach Sibirien“ eine in Propaganda-Ministerium erfundene Greuelüge. Diese Massnahme würde den Wiederaufbau der deutschen

Industrie nach dem Kriege fast unmöglich machen, weil durch den deutschen Massentod auf den Schlachtfeldern schon ohnehin ein Mangel an Arbeitskräften herrschen wird. Die Völker sind ja aber selbst im höchstem Masse daran interessiert, dass Deutschlands Industrie so schnell wie möglich wieder aufgebaut und auf eine hohe Leistungsfähigkeit gebracht wird, damit die Schäden, die Hitler in Europa angerichtet hat, raschestens beseitigt werden.

Wenn die Naziführer von der Vernichtung Deutschlands sprechen, so fürchten sie die Vernichtung ihrer Zwangsherrschaft, wenn sie von der Ausrottung des deutschen Volkes schwafeln, dann fürchten sie, für ihre Schandtaten zur Verantwortung gezogen zu werden, wenn sie vom Untergang Deutschlands faselnd, dann fürchten sie ihren eigenen Untergang. Jeder Deutsche, dem selbständiges Denk- und Urteilsvermögen nicht fremd geworden ist, weiss: die Existenz eines grossen Volkes mit einer tausendjährigen Geschichte hängt nicht davon ab, ob ein Herr Hitler in der Reichskanzlei oder ein Herr Goebbels im Propagandaministerium sitzt. Ein grosses Volk stirbt nicht.

Es gibt auch heute noch ehrliche Deutsche, die da sagen: aber ist es nicht das Ziel Stalins, ganz Europa zu unterwerfen und zu bolschewisieren? Diese Deutschen sind der suggestiven Propagandalüge erlegen, dass dieser Krieg um die Frage geht: Bolschewismus oder Nationalsozialismus? Dabei weist Goebbels auf die baltischen Staaten, Westweissrussland, die Westukraine, Bessarabien usw. hin, indem er allerdings wohlweislich verschweigt, dass diese Gebiete nach Abschluss des ersten Weltkrieges ohne Befragung der Bevölkerungen als Ergebnis der Nachkriegsgrenzziehung mit Gewalt vom Körper des russischen Reiches losgerissen wurden.

Man darf ja nicht übersehen, dass ein wesentliches Element imperialistischer Bestrebungen in der Sowjet-Union überhaupt fehlt. Es ist das Nichtvorhandensein privatkapitalistischer Interessen. Selbst Goebbels hat es nicht gewagt, von russischen Plutokraten zu sprechen - solche gibt es nämlich in der Sowjet-Union nicht.

Was hat es schliesslich mit der Bolschewisierung Europas auf sich, dem letzten Kinderschreck aus der Mottenkiste der Goebbelspropaganda? Der Hitlerkrieg hat ein Problem mit aller Deutlichkeit klargestellt: es ist auch für die stärkste Militärmacht unmöglich, fremden Völkern ihre Ideologie aufzuzwingen. Es genügt allein, auf Norwegen hinzuweisen. Dort ein Land mit knapp drei Millionen Einwohnern - hier ein Deutschland mit 80 Millionen, das fast ganz Europa unterworfen hatte. Ist Norwegen nazifiziert worden? Auch der verhärtetste Nazi weiss, dass Quisling ohne die deutschen Bajonette keine 24 Stunden sich an der Macht halten könnte. Das gilt ebenso für Holland, Belgien, Frankreich, Polen, Griechenland, Jugoslawien usw. In abgrundtiefer Feindschaft stehen die europäischen Völker dem Hitlerregime und dem Nationalsozialismus gegenüber. Sie wissen, dass sie diesen Kampf, den sie mit unerhörten Opfern und Leiden führen, siegreich beenden werden; sie wissen, dass jeder Versuch, einem Volke eine Ideologie und ein System mit Gewalt aufzuzwingen, hoffnungslos zum Scheitern verurteilt ist. Und die russischen Staatsmänner, die sich schon so oft als realistische und nüchterne Politiker erwiesen haben, sollten gewillt sein, ein Experiment aufs Neue zu versuchen und sich daran die Finger zu verbrennen, dessen gefahrenvollen Ergebnisse sich eben so deutlich offenbart haben?

Wenn Deutschland den Krieg durch den Sturz Hitlers beendet, dann wird das deutsche Volk erst wieder Herr im eigenen Hause sein und selber bestimmen, wie es sich einrichten wird. Welche Ordnung dann in Deutschland aufgerichtet werden soll, das ist eine Innere Angelegenheit des deutschen Volkes.

Endlich droht Goebbels mit einem neuen „vielmals schlimmeren Versailles“, wenn Hitler den Krieg verliert.

Niemand wird die verhängnisvollen Folgen des Versailler Vertrages für Deutschland bestreiten. Doch hat der Versailler Vertrag auch den Völkern der Siegermächte teuer erkaufte Lehren erteilt. Hat es sich doch gezeigt, dass alle Bestrebungen, Deutschland aus der Gemeinschaft der Völker und aus der Weltwirtschaft auszuschalten, allen Völkern zum Schaden wurden. Die

Völker haben gelernt und werden diese Fehler nicht wiederholen.

Der russische Regierungschef Stalin hat daher am 6. November 1942 das - wie er es nannte - Aktionsprogramm der englisch-sowjetisch-amerikanischen Koalition wie folgt formuliert:

„Vernichtung der Rassenexklusivität. Gleichberechtigung der Nationen und Unverletzlichkeit ihrer Territorien, Befreiung der unterdrückten Nationen und Wiederherstellung ihrer Souveränitätsrechte, das Recht jeder Nation sich nach ihrem Wunsche einzurichten, wirtschaftliche Hilfe für die Nationen, die Schaden erlitten und Unterstützung derselben bei der Erreichung ihres materiellen Wohlstandes, Wiederherstellung der demokratischen Freiheiten, Vernichtung des Hitlerregimes“. Es besteht kein Zweifel: die Erfahrungen mit dem Versailler haben einen entscheidenden Anteil bei der Aufstellung dieses Programmes.

Wie der kommende Friedensvertrag im Einzelnen aussehen wird, hängt zum allergrössten Teil vom Eingreifen des deutschen Volkes selbst ab. Wenn es imperialistischen Kreisen der Entente 1919 gelang, den Protest ihrer eigenen Landsleute gegen das Versailler Diktat zu unterdrücken, so nicht zuletzt auch deshalb, weil das deutsche Volk sich nicht von seinen eigenen Plutokraten befreite, nicht mit dem imperialistischen Machtstreben in der deutschen Politik schon damals energisch Schluss machte. Zieht das deutsche Volk dieses mal diese für die Zukunft des Reiches notwendige und heilvolle Schlussfolgerung, garantiert es damit eine Politik der friedlichen Zusammenarbeit, schaltet es damit imperialistische Abenteuer von deutscher Seite endgültig aus, so werden die Völker diesem neuen Deutschland ganz anders gegenüber treten als 1919 und Deutschland wird einen gerechten Frieden erhalten.

Allerdings muss das deutsche Volk, das Hitler in diesem Krieg folgte und dessen Söhne auf Befehl Hitlers Zerstörungen unvorstellbaren Ausmasses durchführten, wissen, dass mit der Beendigung des Krieges diese Dinge nicht einfach vergessen sein werden. Dazu sind Taten notwendig. Nicht die Umverteilung imperialistischer Machtinteressen durch eine Weltmachtstellung der deutschen Plutokraten und ihre Herrschaft der „Eisernen Ferse“ in Europa kann eine neue Ära des Friedens, des Wohlstandes und blühender Kultur herbeiführen. Betritt das deutsche Volk kühn und bewusst den Weg, dem imperialistischen Machtstreben endgültig ein Ende zu machen., so erfüllt es damit eine grosse geschichtliche Aufgabe, die ihm in der Familie der Völker den ihm gebührenden Platz sichern wird. Diesen Weg zu gehen, kann dem deutschen Volke nicht schwerfallen, weil der Wille zum Frieden, zum Aufbau, zum kulturellen Schaffen gerade im deutschen Volke tiefe Wurzeln hat, während die Barbarei, der Zerstörungswille, die Unkultur des Hitlerregimes nicht dem Wesen des deutschen Volkes entsprungen ist.

### **Der Ausweg**

Die Lage für Deutschland ist todernst. Aber in einem ganz anderem Sinne als Hitler es dem Volke glauben machen möchte. Nicht von aussen droht der Ruin und Untergang. Nicht Sieg oder Untergang lautet die Alternative. Die Entscheidung, vor der Deutschland steht, heisst: Sturz Hitlers und seines Regimes und damit Rettung des Reiches oder - mit Hitler in den Untergang.

Grösste Gefahr besteht für Deutschlands Existenz und Zukunft. Welche Wendung die Dinge nehmen werden, hängt heute ausschliesslich von der Wehrmacht ab. Im Gegensatz zu 1914 gibt es heute keinen Reichstag, keine politischen Parteien, keine Gewerkschaften, keinen Faktor, der entscheidend eingreifen könnte. Eine Fortsetzung des total aussichtslosen Krieges kann nur zu einer inneren Aufspaltung des Reiches führen, zu einem Kampf aller gegen alle, weil schliesslich jeder versuchen wird, der drohenden Vernichtung und Katastrophe zu entrinnen. Fortsetzung des Krieges - das ist einsbedeutend mit völligem Chaos. Damit wäre das deutsche Volk auf absehbare Zeit von der Mitbestimmung über sein Schicksal ausgeschaltet.

Macht die Wehrmacht selbst rechtzeitig dem Kriege ein Ende, entfernt sie das Hitlerregime und bildet so einen ehernen Block mit dem gesamten Volk, gibt sie die unterdrückten und besetzten

Länder aus eigener Initiative frei, dann schafft sie damit die Garantie für einen ehrenvollen, den Bestand, das Leben und die Zukunft der Nation sichernden Frieden.

Der Kampf für die Rettung des Reiches erfordert daher die schnellste Beendigung des Krieges, bevor Deutschland zum Schauplatz grosser Schlachten wird, bevor die Wehrmacht völlig zerstückelt und zerschlagen ist, bevor Hitler durch die Macht der feindlichen Waffen entfernt wird. Die völlig freie Bestimmung über die deutsche Zukunft kann sich die deutsche Nation nur durchführten ihr eigenes aktives Handeln sichern. Einig und aus freiem Entschluss muss die deutsche Nation und die deutsche Wehrmacht ihr Schicksal selbst in die Hand nehmen. Es ist das Gebot der Stunde, dass sich die grösste Nation Mitteleuropas aus der unwürdigen Ergebung in ein Schicksal emporreisst, das ihr der Verderber Hitler kalten Herzens bereiten will. Der Weg zu dieser Tat ist die Einigung des ganzen deutschen Volkes in der Nationalen Front.

Erste und entscheidende Schritte auf diesem Wege sind bereits getan. Im Juli 1943 haben sich Delegierte aus allen deutschen Kriegsgefangenenlagern in Russland zusammengefunden mit deutschen Gewerkschaftsführern, Schriftstellern und Reichstagsabgeordneten und sind zur Bildung der Bewegung 'Freies Deutschland' geschritten. Ihren Kern bilden die Kämpfer der 6. Armee, die durch die entschlossene Tat deutscher Generale in letzter Stunde der Vernichtung entgingen und sich dem kommenden neuen Deutschland erhielten. An der Spitze der Bewegung 'Freies Deutschlands' steht das 'Nationalkomitee Freies Deutschland', das auf der Gründungskonferenz der Bewegung, die am 12. und 13. Juli unter den schwarz-weiss-roten Fahnen der deutschen Einigung tagte, gewählt wurde. Dem Nationalkomitee gehören u.a. an: Oberstleutnant Frankenfeld von der 9. Tankdivision aus Wien, Major Hohmann, Oberleutnant Fritz Ritter, Oberstudienrat aus Berlin, Major Hess aus Königsberg, Oberst Steidle, Soldat Heinrich Gesser, 134.I-D., Soldat Otto Sing, Bauarbeiter aus Sachsen, Leutnant Hadedank, Studienrat aus Hannover, die Schriftsteller Friedrich Wolff und Willi Bredel, die Reichstagsabgeordneten Wilhelm Piek und Wilhelm Florin, die Gewerkschaftsführer Anton Ackermann und Gustav Sobottka. Präsident des Nationalkomitees ist der Schriftsteller Erich Weinert, Vizepräsidenten der General der Artillerie Walter von Seydlitz, Generalleutnant Edler von Daniel, Leutnant Graf von Einsiedel, ein Urenkel Bismarcks. Als ein Teil der Bewegung „Freies Deutschland“ wurde wenig später der 'Bund deutscher Offiziere' gegründet. Sein Präsident ist der General Walter von Seydlitz. Zu den Vizepräsidenten gehören ausser den oben genannten Generalen noch der Generalmajor Otto Kortes, Nachrichtenführer der 6. Armee, Generalmajor Martin Lackmann und Generalleutnant Schlöhmer.

Die beiden Gründungskongresse forderten Volk und Wehrmacht auf, nicht mehr länger dem Verderber Deutschlands, Adolf Hitler, Gefolgschaft zu leisten. Der Gründungskongress der Bewegung 'Freies Deutschland' erliess ein Manifest, in dem es heisst:

„Jahrelang hat Hitler, ohne sich um den Willen des Volkes zu kümmern, diesen Eroberungskrieg vorbereitet. Hitler hat Deutschland politisch isoliert. Gewissenlos forderte er die drei grössten Mächte der Welt heraus. Er machte ganz Europa zu Feinden des deutschen Volkes und bedeckte es mit Schimpf und Schande. Darum ist er verantwortlich für den abgrundtiefen Hass, der Deutschland umgibt. Kein äusserer Feind hat Deutschland jemals so tief ins Unglück gestürzt, wie Hitler. Die Tatsachen zeigen, der Krieg ist verloren. Eine Weiterführung dieses Krieges wird den Untergang der Nation bedeuten.“

„Aber Deutschland darf nicht sterben! Es geht um die Existenz oder den Untergang des Vaterlandes. Wenn das deutsche Volk diesen unsinnigen Krieg weiterführt, so wird nicht nur Hitler von den Armeen der Vereinten Nationen gestürzt werden, sondern das wird auch das Ende unserer nationalen Freiheit und unserer Existenz als Staat bedeuten. Das wird den Untergang unseres Vaterlandes bedeuten und wir werden dafür niemand anders anklagen können als uns selbst.“

„Der einzige Weg, um den Bestand, die Freiheit und die Ehre der deutschen Nation zu retten, ist, dass sich das deutsche Volk rechtzeitig besinnt und durch seine Handlungen beweist, dass



es ein freies Volk ist, entschlossen, Deutschland zu befreien und sein Schicksal selbst zu entscheiden.“

„Das deutsche Volk wünscht und braucht einen sofortigen Frieden. Aber mit Hitler ist kein Friede zu erreichen. Niemand wird mit ihm Verhandlungen aufnehmen. Deshalb ist die Schaffung einer wahrhaft deutschen Regierung die unaufschiebbare Aufgabe unseres Volkes. Nur eine solche Regierung wird das Vertrauen des Volkes und der früheren Gegner genießen. Nur eine solche Regierung kann den Frieden herbeiführen. Diese Regierung muss die notwendigen Machtmittel besitzen, um die Feinde des Volkes, Hitler und seine Gönner und Günstlinge, unschädlich zu machen, um rücksichtslos Terror und Korruption auszurotten und um eine feste Ordnung zu schaffen, eine Regierung, stark genug, Deutschland nach aussen würdig zu vertreten.“

„Eine solche Regierung kann nur aus dem Freiheitskampf des deutschen Volkes hervorgehen, gestützt auf Kampfgruppen, die sich zusammengeschlossen haben, um Hitler zu stürzen. Die volkstreuen und vaterländischen Kräfte innerhalb des Heeres müssen hierbei eine entscheidende Rolle spielen. Diese Regierung wird sofort die Kampfhandlungen einstellen, Friedensverhandlungen einleiten, die deutschen Truppen an die Grenzen des Reiches zurückführen und auf alle eroberten Gebiete verzichten, um dadurch Deutschland wieder zu einer gleichberechtigten Nation zu machen. Das Ziel ist: ein freies Deutschland! Das bedeutet eine demokratische Staatsmacht, nicht ohnmächtig wie die Weimarer Republik, sondern eine Demokratie, die das Wohl des deutschen Volkes will, die inneren Kräfte Deutschlands entwickelt und in friedlicher Zusammenarbeit mit den anderen Ländern den Frieden Europas garantiert.“

Damit Deutschland gesund, frei und stark werde, fordert das Manifest: Abschaffung aller Gesetze, die auf Volks- oder Rassenhass beruhen und aller Zwangsgesetze und Verordnungen des Hitlerregimes, die gegen die persönlichen Freiheiten gerichtet sind. Wiederherstellung und Ausweitung der politischen Rechte des Volkes und der sozialen Stellung der Schaffenden. Freiheit des Wortes, der Presse, der Organisation, des Gewissens und der Religion. Freiheit der Wirtschaft, des Handels und des Gewerbes. Sicherung der Arbeit und des rechtmässig erworbenen Eigentums. Beschlagnahme der Kriegsgewinne und der Vermögen der Kriegsspekulanten. Sofortige Freigabe aller Opfer des Hitlerregimes, die materiell schadlos gehalten werden müssen. Schonungslose Gerichtsverfahren gegen die Kriegsanzügler. Amnestie für alle diejenigen Hitleranhänger, welche sich rechtzeitig durch ihre Handlungen von Hitler lossagen und sich der Bewegung 'Freies Deutschland' anschliessen. Das Manifest schliesst:

„Die Opfer im Kampf für Deutschlands Befreiung werden tausendfach geringer sein, als die sinnlosen Opfer, die eine Verlängerung des Krieges fordern wird.“

„Deutsche Offiziere und Soldaten an allen Fronten! Ihr habt die Waffen; geht geschlossen gegen Hitler, um den Weg zur Heimat, den Weg, zum Frieden zu betreten!“

„Männer und Frauen in der Heimat! Ihr seid viele, Ihr seid die Mehrheit. Macht diese Mehrheit zu einer Macht durch Organisation. Bildet Kampfgruppen der Bewegung 'Freies Deutschland' in den Fabriken, Dörfern, Arbeitslagern, Universitäten, überall, wo Ihr zusammenkommt“.

„Der Kampf für ein freies Deutschland erfordert Mut, Handlungskraft, Entschlossenheit. Vor allem Mut!. Die Zeit drängt. Rasches Handeln tut not!. Wer aus Furcht, Kleinmut oder blindem Gehorsam weiter mit Hitler geht, hilft Deutschland in die nationale Katastrophe treiben. Der aber, der Leben und Ehre einsetzt für die Sache der Nation, hilft, sein Vaterland aus der tiefsten Not erretten!“

Aus diesem Manifest der 91.000 geretteten Stalingradkämpfer spricht das heilige Vermächtnis ihrer toten Kameraden. Mit dem ewigen Fluch gegen Hitler auf den Lippen, der verbrecherisch das grosse Nachbarreich im Osten zum Feinde Deutschlands machte, rufen sie ihrem Volke und der Wehrmacht zu:

„Sorgt uns dafür, das Hitler nicht aus ganz Deutschland ein Stalingrad macht! Sorgt uns dafür,

dass Russland und Deutschland auf ewig feste Freundschaft halten!“

Den Truppen der Ostfront ruft das Nationalkomitee 'Freies Deutschland' und der 'Bund deutscher Offiziere' – an seiner Spitze die fünf deutschen Generale – zu:

„Geht über auf die Seite des Nationalkomitees 'Freies Deutschland', um als tapfere deutsche Männer an unserem grossen nationalen Friedens- und Freiheitskampf teilzunehmen!“